8. Mai 1945 Tag der Befreiung
8. Mai 2005 kein Vergeben kein Vergessen

Texte zum Konvoi gegen Faschismus und Kapitalismus



Gegeninformationsbüro Berlin
September 2005
V.i.S.d.P.: U. Topie
Kohlfurter Straße 40
10999 Berlin
mail@gegeninformationsbuero.de
www.gegeninformationsbuero.de

Spendenkonto
Marion Wegner
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kontonummer 771 781 104

Selbstdarstellung

Das Gegeninformationsbüro ist ein Zusammenschluss parteipolitisch unabhängiger Menschen mit dem Ziel, der (Ver-)öffentlich(t)en Kriegspropaganda mit Aufklärung in Wort und öffentlicher Aktion etwas entgegenzusetzen.

Begonnen haben wir 1999 mit dem Ziel eine Gegenöffentlichkeit herzustellen und durch Sammeln von Hintergrundinformationen und Veröffentlichungen die tatsächlichen Ursachen und Ziele des Nato-Angriffskrieges gegen Jugoslawien bekannt zu machen. Wir wollen die Hintergründe der aktuellen und kommenden Kriege gegen den so genannten Terrorismus, sowie die Folgen der EU-Osterweiterung aufzeigen.

Mittlerweile hat sich die innen- und außenpolitische Situation verschärft. Zirka 12 000 Bundeswehrsoldaten kämpfen zur Zeit weltweit für deutsche/europäische Kapitalinteressen, der Krieg gegen den Irak läuft über deutsche Flugpisten, an jedem Kriegsschauplatz wird mit deutschen Waffen gemordet. Gleichzeitig wird die Festung Europa weiter ausgebaut, um Kriegsflüchtlinge fern zu halten.

Krieg nach außen bedeutet auch immer Krieg nach innen, der sich auch in den sozialen Verhältnissen niederschlägt. Die Bundesregierung ist dabei eine innenpolitische Neuordnung zu Gunsten des »Wettbewerbs- und Standortvorteils« umzusetzen. In der gegenwärtigen kriegerischen Neuaufteilung der Welt spitzt sich der Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Zentren zu.

Das Gegeninformationsbüro beschäftigt sich mit jener kriegerischen Logik der innen- und außenpolitischen Neuordnung und ist sowohl Anlauf – als auch Abholstelle solcher Informationen.

Für eine außerparlamentarische antikapitalistische soziale Bewegung von unten!

Editorial

In Zusammenarbeit mit der ›Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär‹ sowie mit ZeitzeugInnen haben wir am 6. Mai 2005 mit dem Auto- und Fahrradkonvoi gegen Faschismus und Kapitalismus des 60. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus gedacht.

Im Vorfeld dieses Jahrestages gab es eine Vielfalt öffentlicher Meinungsäußerungen: Für Faschisten und bürgerliche Reaktionäre ist der 8. Mai nach wie vor der Tag der Kapitulation, während sich rot-grüne Regierungsvertreter als geläuterte Demokraten darzustellen versuchten und vom »Jahrestag des Kriegsendes« aber auch von »Befreiung« sprachen. Diese Gesten dienten in erster Linie dem Image Deutschlands in der Welt: Deutschland hat aus seiner Geschichte gelernt und nun können »wir« wieder besten Gewissens weltweit operieren – Schlussstrich.

Diesen Umgang mit der Geschichte nehmen wir nicht unwidersprochen hin. Gegen die Geschichtsklitterung und das Vergessen wendeten sich der Konvoi und die Redebeiträge, die an verschiedenen Kundgebungsorten gehalten wurden und in der vorliegende Dokumentation abgedruckt sind.

Für Anti-FaschistInnen ist der 8. Mai der Tag der Befreiung, aber auch ein Tag der Mahnung. Es hat 1945 keine Stunde Null in Deutschland gegeben. Vielmehr ist die Nachkriegsgeschichte bis heute geprägt von personellen und institutionellen Kontinuitäten. Mit jedem Jahrestag wurde und wird von herrschender Seite die Absicht verfolgt, einen Schlussstrich unter die Geschichte zu setzen, die die vielschichtigen Ursachen und Folgen des 1. und 2. Weltkrieges verleugnet.

Mit der Zahlung von fünf Milliarden Euro ist für die BRD die Entschädigung für ZwangsarbeiterInnen während der NS-Diktatur vom Tisch. Verfahren gegen Kriegsverbrecher, die bis heute unbehelligt blieben, werden nach wie vor verschleppt. Gedenkstätten wie Buchenwald oder die Seelower Höhen werden inhaltlich umgebaut. KommunistInnen und AntifaschistInnen werden verfolgt und kriminalisiert. Die faschistische Barbarei soll relativiert und mit der Geschichte der DDR gleichgesetzt werden. Diese Geschichtsklitterung ist nicht nur widerwärtig, sie ist gefährlich.

Seit 15 Jahren steht die BRD nicht mehr in Systemkonkurrenz mit dem Realsozialismus. Regierung und Wirtschaft setzen wieder ganz offen auf aggressive Expansion. 1999 ging mit dem Überfall auf Jugoslawien der erste Krieg seit 1945 von deutschem Boden aus – wieder mit der Zielrichtung, den Osten und Südosten Europas zu beherrschen. Immer drängender beanspruchen die Kriegsverlierer BRD und Japan einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat, um in der Neuen Weltordnung gegen die Vorherrschaft der USA eigene imperialistische Interessen durchsetzen zu können. Wenn Kriegsminister Struck tönt: unsere Freiheit wird am Hindukusch verteidigt, so hat dies weitreichende Konsequenzen. Zum einen heißt dies, dass die BRD in nächster Zukunft weltweit an noch mehr Kriegen beteiligt sein wird und zum anderen wird die Bevölkerung schon heute auf in Kriegsgebieten getötete Bundeswehrsoldaten eingestimmt. Außerdem bedeutet diese Entwicklung – weil Kriege führen und der Unterhalt von Besatzungstruppen teuer sind – dass eine grundlegende gesellschaftliche Umstrukturierung durchgesetzt wird, die für immer größere Teile der Bevölkerung immer mehr Lohnraub und damit auch zunehmende soziale Verelendung bedeutet.

In den Kontext des politischen Rechtsrucks fällt auch der verschärft repressive Umgang gegenüber MigrantInnen und die Aushöhlung des Asylrechts. Abschiebungen sind an der Tagesordnung und die EU-Außengrenzen sind hermetisch abgeschlossen. Gleichzeitig produzieren (geplante) Kriege und Ausbeutung immer mehr Flüchtlinge, die in den Sicherheitsdoktrinen der BRD und der EU explizit als Bedrohungspotentiale beschrieben werden.

Im Zuge des »Krieges gegen den Terror« wird ein Schnüffelstaat erschreckenden Ausmaßes geschaffen. Razzien und Generalverdacht gegen bestimmte MigrantInnengruppen, die Kriminalisierung linker AktivistInnen und die geplante Einführung biometrischer Pässe für alle BRD-BürgerInnen beabsichtigen Kontrolle und Einschüchterung.

Vor dem Hintergrund der Erosion sozialer Absicherung und gesellschaftlicher Werte verwundert es nicht, dass der jugendliche Mainstream in vielen Regionen Deutschlands potentiell rechts steht. Die Spitze dieses Eisbergs sind die fast 200 Morde an Obdachlosen, MigrantInnen, Punks und so weiter.

Mit dem Konvoi steuerten wir Orte an, an denen Geschichte und aktuelle Entwicklungen zusammenkommen und eben jene Aspekte in den Mittelpunkt gestellt werden, die die offizielle Geschichtsschreibung ausblendet. Drei Ebenen bildeten dabei den Schwerpunkt:

- Institutionen, die als Teil des faschistischen Staatsapparates verantwortlich für Verbrechen und Terror waren und deren Wirken institutionell und/oder personell in die Nachkriegsgeschichte Westdeutschlands überging

- Konzerne, die von der NS-Diktatur profitierten, diese aktiv unterstützten und heute wieder daran beteiligt sind, die BRD kriegsfähig zu machen

- und als letztes war es uns besonders wichtig darzustellen, dass auch während des deutschen Faschismus Widerstand möglich war und auch heute dringend nötig ist.

Auch den nächsten runden Jahrestag werden hoffentlich noch viele der Opfer und Verfolgten des deutschen Faschismus erleben können. Ihre Kraft, ihre Lebendigkeit und ihre Erfahrungen sind uns eine große Unterstützung.

Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle den TeilnehmerInnen an dem Konvoi: Vera Ansbach, Erika Baum, Hans Coppi, Erwin Schulz und Erich Selbmann, die uns mit ihren Erfahrungen als ZeitzeugInnen zur Seite standen.

Gegeninformationsbüro im Juni 2005



»Wir pfeifen auf die Bundeswehr«

Rede von Ralf Siemens von der »Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär« vor dem Bendlerblock, dem Sitz des »Bundesverteidigungsministeriums«.

Liebe AntimilitaristInnen und AntifaschistInnen, wir stehen hier vor dem Bendlerblock. Wie unter einem Brennglas lässt sich an diesem Gebäude deutsche Militärgeschichte aufzeigen. Und diese Geschichte des deutschen Militärs ist untrennbar mit dem Willen der Militärelite verbunden, imperialistische, nationalistische und verbrecherische Politik zu betreiben.

1914, noch vor dem 1. Weltkrieg, wurde der Bendlerblock fertiggestellt und dem Reichsmarineamt übergeben. Hausherr wurde Großadmiral von Tirpitz. Unter seiner Ägide war zuvor die Marine des kaiserlichen Deutschlands zur zweitgrößten Hochseeflotte der Welt ausgebaut worden. Das Ziel von Tirpitz war es, einen Platz an der Sonne im imperialistischen Konkurrenzkampf in Übersee militärisch zu erobern. Tirpitz leitete von hier aus den Seekrieg. Die Nazis ehrten Tirpitz mit der Benennung der hiesigen Uferstraße nach ihm, die Bundeswehr, indem sie ihren Marinehafen in Kiel bis heute nach Tirpitz benennt.

Nach dem 1. Weltkrieg zog das Reichswehrministerium ein. Von diesem Hause aus organisierte der reaktionäre Sozialdemokrat, Reichswehrminister Noske, die militärische Niederschlagung des Spartakusaufstandes im Januar 1919. Und unter dem Chef der Heeresleitung, General von Seekt, wurden hier ab 1924/25 unter höchster Geheimhaltung Pläne ausgearbeitet, die Reichswehr entgegen den Bestimmungen des Versailler-Vertrages zu einer großen Kriegs- und Angriffsarmee auszubauen. Nur dank dieser detaillierten Vorbereitungen konnte Nazi-Deutschland binnen weniger Jahre die Wehrmacht zur stärksten Armee Europas ausbauen.

Am 3. Februar 1933, wenige Tage nach der Machtübergabe an die Nazis, weihte Hitler die Generalität hier im Bendlerblock in seine verbrecherischen Planungen ein: »Vernichtung« des Marxismus, Todesstrafe für Landesverrat, Aufrüstung zur »Wiederherstellung der deutschen Macht«. Und wofür diese Macht eingesetzt werden sollte, daran ließ er keinen Zweifel: Zur Erobe-



Transparent der ›Kampagne‹ während der Zwischenkundgebung am Bendlerblock



rung neuen »Lebensraumes« im Osten und dessen rücksichtslose »Germanisierung«. Kein General erhob sich, niemand dankte ab. Denn die Militärelite teilte seine außenpolitischen Kriegsziele: Die Wehrmacht ist Säule der NS-Diktatur gewesen. Sie hat die verbrecherischen Angriffspläne ausgeheckt und umgesetzt. Ohne die willige Militärelite hätte der NS-Staat nicht funktioniert. Sie war die treibende Kraft, wenn es darum ging, »deutsche Macht« zu erweitern. Im Bendlerblock, seit Mitte der 1930er Jahre Sitz der Spitzenorgane der Wehrmacht, entstanden die Pläne für den Überfall auf Polen und für den Angriff auf die Sowjetunion.

Die Befreiung Deutschlands sollte nach dem offiziellen Willen der Siegermächte auch zur endgültigen und vollständigen Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands führen. Während führenden Nazis, Militärs und Kapitalisten der Prozess gemacht wurde, bereiteten bereits andere die Remilitarisierung und Restauration vor. Vor allem die USA haben inoffiziell bereits ab 1945 reaktionäre Kreise unterstützt, um aus Deutschland ein »Bollwerk« gegen Russland zu machen. Wehrmachtsgeneräle und konservative Politiker spannten ein Netzwerk mit dem Ziel der Remilitarisierung zum »Schutz des Abendlandes« gegen den Osten. Die Organisation Gehlen und die Person Adolf Heusinger seien hier stellvertretend genannt. In der Person Heusinger wird die Kontinuität des deutschen Militärs deutlich. Berufssoldat seit 1915, diente er in der kaiserlichen Armee, in der Reichswehr, in der Wehrmacht und in der Bundeswehr.

Heusinger war in der Wehrmacht stellvertretender Generalstabchef. In dieser Funktion hatte er genaue Kenntnisse über die deutschen Verbrechen im Osten und über den Völkermord an den europäischen Juden. Dies hinderte ihn aber nicht daran, den für ihn als notwendig erachteten »Kreuzzug des Abendlands gegen die bolschewistische und asiatische Gefahr« zu verfolgen, und auch nicht, die brutale Terrorisierung der Zivilbevölkerung im Osten zu organisieren. Dieser Heusinger machte sich bereits 1947/48 daran, in Denkschriften eine umfassende Remilitarisierung zu fordern. 1950 wurde er zum militärischen Berater von Adenauer, 1952 Leiter der militärischen Abteilung im späteren Verteidigungsministerium, seit 1955 General der Bundeswehr und ihr erster Generalinspekteur.

Aber zurück zum Bendlerblock: Der besondere Status von Berlin bis 1990 verhinderte die militärische Nutzung. 1992 fiel die Entscheidung, den Bendlerblock wie-

Lautsprecherwagen vor dem Bendlerblock



der militärisch zu nutzen, ein Jahr später wurden erste Büroräume durch das Verteidigungsministerium bezogen. Seit 1997 befindet sich hier der Berliner Sitz des »Verteidigungsministeriums« mit gegenwärtig mehreren hundert Militärs und Beamten.

Das deutsche Militär ist an den Ort der Planung deutscher Kriegsverbrechen zurückgekehrt. Und das deutsche Militär will global wieder mitmischen. Nicht mehr im Maschinenraum, sondern auf der Brücke, wie es der damalige Generalinspekteur Naumann Anfang der 90er Jahre formulierte.

Und diese Marschrichtung befahl das Verteidigungsministerium bereits 1987. In einem internen Papier hieß es: Um den »Handlungsspielraum … für Einsätze der Bundeswehr zur Wahrung deutscher Interessen entscheidend (zu) erweitern«, müsse »längerfristig und schrittweise« vorgegangen werden. Die Salamitaktik der Auslandseinsätze der Bundeswehr nimmt hier ihren Anfang. Dem Ratschlag der Militärs, zuerst mit Nichtkampfeinsätzen zu beginnen, wurde befolgt: Kambodscha 1992, Somalia 1993, Einsatze auf dem Balkan noch ohne direkten Tötungsauftrag bis Mitte der 1990er Jahre. Der Durchbruch war 1999 mit der Beteiligung am Angriffskrieg auf Jugoslawien, flankiert von einer Mediengleichschaltung und von Kriegstrommeln, die Kritiker auf einer Stufe mit Völkermördern stellte.

Die Bundeswehr wird vollständig zu einer global agierenden Angriffstruppe umgebaut. 140 000 Soldaten werden in wenigen Jahren Gewehr bei Fuß stehen, um weltweit deutsche Interessen durchzusetzen. Und zu diesen Interessen zählen in erster Linie ökonomische, sprich kapitalistische. Zur Sicherung der Profitgier will die Bundeswehr, wie in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 1992 formuliert, den »ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« sichern.

Wenn von »gewachsener internationaler Verantwortung« gesprochen wird, und dies wird unermüdlich von der Kanzeln der hohen Politik gepredigt, dann ist damit gemeint, die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung Deutschlands global zu erweitern. Bundeskanzler Helmut Kohl äußerte in seiner 1991er Regierungserklärung ganz offen: »Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten (…).«

Nein, darauf pfeifen wir. Wir pfeifen auf Deutschland, wir pfeifen auf die Bundeswehr, wir pfeifen auf den räuberischen und mörderischen Kapitalismus.

Gelegenheit dazu gibt es in diesem Jahr des fünfzigjährigen Bestehens der Bundeswehr noch zahlreich. In Berlin unter anderem am 26. Oktober gegen den Zapfenstreich vor dem Reichstag. Auf Wiedersehen

Weitere Informationen unter: www.kampagne.de

Von der »Organisation Gehlen« zum Bundesnachrichtendienst

Einer der bekanntesten Kriegsverbrecher, welcher in der BRD Karriere machte, ist Generalleutnant Reinhard Gehlen. Normalerweise hätte er 1945 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess zum Tode verurteilt werden müssen. Stattdessen wurde er als verdienstvoller Gründer des Bundesnachrichtendienstes 23 Jahre später mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Reinhard Gehlen war seit 1920 Mitglied der Reichswehr, wurde unter Hitler 1942 als Chef des Generalsstabs, Abteilung Fremde Heere Ost, der höchste Geheimdienstoffizier an der Ostfront. Er war einer der Hauptorganisatoren der Operation Barbarossa, der Nazi-Invasion in der Sowjetunion und war damit mitverantwortlich für den Tod von Millionen sowjetischer Menschen. Im März 1945 hatten er und seine Offiziere ihr umfangreiches Spionagematerial über die Sowjetunion auf Mikrofilmen aufgenommen und diese vergraben. Nach seiner Kriegsgefangenschaft bot er dieses Material, sowie sein Spionagenetz im Osten dem US-Geheimdienst an. Statt ihn an die UdSSR auszuliefern, wo er als Kriegsverbrecher gesucht wurde, gingen die US-Geheimdienstler auf diesen Deal ein. Somit entging Gehlen einer Verurteilung als Kriegsverbrecher.

Die USA bezahlten im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg 200 Millionen Dollar für die Fortsetzung der Spionage- und Subversionstätigkeit von Hitlers ehemaligem Geheimdienstchef. Gehlen setzte meist ehemalige Geheimdienstexperten der SS, des SD und der Wehrmacht ein, um seine Organisation mit 4000 Mitarbeitern aufzubauen.

So arbeitete zum Beispiel SS-Sturmbannführer Alois Brunner, der als Mitarbeiter von Adolf Eichmann am Tode von 128 000 Juden mitverantwortlich war, für die Gehlen-Organisation. Gehlen förderte den im US-Geheimdienst bereits vorhandenen Antikommunismus und lieferte Falschinformationen über die angebliche soziale, politische und wirtschaftliche Fragilität und militärische Potenz der Sowjetunion, die den Kalten Krieg maßgeblich verschärften und beinahe zum Dritten Weltkrieg führten. Obwohl immer noch der CIA unterstellt, arbeitete die Gehlen-Organisation ab 1951 auch für die Bundesregierung. Sie beteiligte sich auch beim Aufbau des Bundesverfassungsschutzes.





Agent der Nazis, dann der BRD: Reihnhart Gehlen im Sommer 1942 und mit Bundesverdienstkreuzscherpe im April 1968



Auf dem Weg zum nächsten Ziel: Konvoi am 6. Mai 2005

Im Jahr 1956 wurde die Gehlen-Organisation offiziell zum deutschen Geheimdienst, dem Bundesnachrichtendienst (BND), und Reinhard Gehlen wurde sein erster Präsident. Innerhalb kurzer Zeit wurde der Bundesnachrichtendienst der größte Nachrichtendienst in Europa. Bis heute ist der BND von seinen faschistischen Vorgängern, den Nazi-Geheimdiensten, geprägt, auch wenn die Naziverbrecher aus dem aktiven Dienst in den Ruhestand gegangen sind. Die antidemokratische Grundeinstellung des BNDs wurde über die Generation der Täter weitergegeben. So ist es auch verständlich, dass der BND nie Probleme bei der Zusammenarbeit mit diktatorischen und faschistischen Regimes hatte und hat, und die Destabilisierung der sozialistischen Staaten sein zentrales Anliegen blieb. Dafür gibt es unzählige Beispiele:

- Bereits lange im Vorfeld des Nato-Krieges gegen Jugoslawien unterstützte der BND die alten faschistischen Kollaborateure aus der ehemaligen Ustascha, mit dem Ziel der Zerschlagung Jugoslawiens. Er knüpfte nahtlos an seine Beziehungen aus der Nazizeit an.

- Für den Apartheidsstaat in Südafrika wurden nachrichtendienstliche Aufklärungsanlagen geliefert und dessen Nachrichtendienstler in der BRD für die Jagd auf Gegner des Apartheidsystems ausgebildet und geschult. 120 000 Anhänger des ANC wurden getötet.

- Seit 1976 wurde die »Renamo« unterstützt, also jene Terroristenorganisation, die versucht hat, das sozialistische System Mosambiks zu destabilisieren.

- In der Türkei wurden Paramilitärs vom BND ausgebildet, die in Kurdistan Terror verbreiten.

- Dem Geheimdienst von Saddam Hussein wurde jede Art von Unterstützung gewährt: von der Ausbildungshilfe über nachrichtendienstliche Technik bis hin zur Preisgabe von irakischen Asylbewerbern in der Bundesrepublik.

Das sind nur einige bekannte Beispiele der Vergangenheit. Welche dunklen Operationen gegenwärtig durchgeführt werden, lassen sich nur erahnen. Sie orientieren sich am Weltmachtstreben der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten der Bundesrepublik. Der BND treibt sein Unwesen bereits wieder weltweit.

Deshalb kann es für uns nur heißen: Sofortige Auflösung des BNDs! Und ALG II für die Agenten!

Schreibtischtäter in Roben

Im Gebäude des Kammergerichts in der Potsdamer Straße terrorisierte der nationalsozialistische Volksgerichtshof in der Zeit vom August 1944 bis Januar 1945 die Bevölkerung vom Schreibtisch aus.

Unter anderem wurden hier die Attentäter des 20. Juli in Schauprozessen zum Tode verurteilt. Hier war es auch, wo einer der Angeklagten, Erwin von Witzleben, dem Vorsitzenden Nazi-Richter Freisler die Worte zurief: »Sie können uns dem Henker überantworten; in drei Monaten zieht das empörte und gequälte Volk Sie zur Rechenschaft und schleift Sie bei lebendigem Leib durch den Kot der Straßen.«

Der Volksgerichtshof war ein Sondergericht, das 1934 von den Nationalsozialisten gegründet wurde. Er tagte zunächst in dem heutigen Abgeordnetenhaus, später dann je nach »Bedarf« auch an anderen Gerichten »reichsweit«.

Anlass für die Gründung waren 1934 die Urteile im Reichstagsbrandprozess, in dem der mutmaßliche Täter Marinus van der Lubbe zum Tode verurteilt wurde. Drei mitangeklagte Kommunisten wurden freigesprochen. Diese Freisprüche waren für die Nationalsozialisten nicht hinnehmbar, da es ihr erklärtes Ziel war, die kommunistische Opposition »auszumerzen«. Der Volksgerichtshof wurde dann ein von der NSDAP abhängiges Gericht und hatte die so genannte »volkshygienische« Aufgabe, jeglichen Widerstand gegen die faschistische Diktatur zu vernichten.

Wer am Volksgerichtshof arbeitete, musste Mitglied der NSDAP sein, die Richter wurden von Hitler selbst ernannt. Verhandelt wurden hier Anklagen wegen »Landesverrats«, »Hochverrats«, wegen jeder Form von Widerstand. Schon das Abhören von so genannten Feindsendern, das Verbreiten derer Nachrichten, selbst geäußerte Zweifel an dem so genannten Endsieg führten in den Knast oder an den Galgen.

Die Urteile des Volksgerichtshofs waren durch nichts mehr anfechtbar. Sie wurden im Galopp gefällt und auch

Kammergericht Berlin; Brief von Freisler an Hitler





Abschrift

Dr. jur. Roland Freisler
Präsident des Volksgerichtshofes
Preußischer Staatsrat, M.d.R.

Berlin W 9, den 15. Oktober 1942
Bellevuestraße 15
Fernsprecher: 218341

Mein Führer!

Ihnen, mein Führer, bitte ich melden zu dürfen: Das Amt, das Sie mir verliehen haben, habe ich angetreten und mich inzwischen eingearbeitet.

Mein Dank für die Verantwortung, die Sie mir anvertraut haben, soll darin bestehen, daß ich treu und mit aller Kraft an der Sicherheit des Reiches und der inneren Geschlossenheit des Deutschen Volkes durch eigenes Beispiel als Richter und als Führer der Männer des Volksgerichtshofes arbeite; stolz, Ihnen, mein Führer, dem obersten Gerichtsherrn und Richter des Deutschen Volkes, für die Rechtsprechung Ihres höchsten politischen Gerichts verantwortlich zu sein.

Der Volksgerichtshof wird sich stets bemühen, so zu urteilen, wie er glaubt, daß Sie, mein Führer, den Fall selbst beurteilen würden.

Heil meinem Führer!
In Treue
Ihr politischer Soldat
gez. Roland Freisler



Präsident des Volksgerichtshofes Freisler mit Hitlerbüste im Hintergrund

so vollstreckt. Mit Beginn des Krieges 1939 wurden am Volksgerichtshof Urteile anderer Gerichte neu aufgerollt und verhandelt, wenn sie nicht hart genug ausgefallen waren. Somit lag die letzte Entscheidungsgewalt ausschließlich beim Volksgerichtshof. Die Zahl der Todesurteile stieg entsprechend sprunghaft an. Von 1933 bis 1936 wurden elf Menschen zum Tode verurteilt, bis 1943 ergingen bereits 1662 Todesurteile, bis 1945 wurden mehr als 5200 Menschen hingerichtet.

1942 wurde Roland Freisler zum Präsidenten des Volksgerichtshofs ernannt. Er war der verbrecherischste Mörder unter der Robe, der mit brutaler Leidenschaft die Henker in Trab hielt. In Sachen Todesstrafe – zur Knebelung der Bevölkerung – hatte er die Befugnis, an allen Gerichten im so genannten deutschen Reich zu agieren. Allein von ihm wurden innerhalb von drei Jahren 2600 Todesurteile gefällt. Am 3. Februar 1945 wurde dann endlich das Gebäude und mit ihm unter anderem auch Freisler bombardiert. Das war sein Ende.

NS-Verbrecher unter bundesdeutschen Talaren

Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen – Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Lehre – blieben nach 1945 auch die Verbrecher des Volksgerichtshofes von der so genannten Entnazifizierung verschont. 1956 versah der Bundesgerichtshof alle Angehörigen des Volksgerichtshofes mit dem Richterprivileg. Das besagt, dass niemand wegen Rechtsbeugung oder anderer Delikte verurteilt werden kann, wenn er sich an das damals geltende Gesetz gehalten hat. So wurde keiner der 570 Richter und Staatsanwälte jemals für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen. Die Ermittlungen wurden von staatswegen bis 1986 verschleppt in der Hoffnung, dass bis dahin die Mörder nicht mehr unter den Lebenden weilen. In diesem Jahr wurden die Ermittlungsverfahren alle eingestellt.

Die meisten Verbrecher des Volksgerichtshofs waren nach dem Krieg wieder in Amt und Würden: als Richter, Staatsanwälte und Anwälte. Die Witwe Freislers erhielt eine Rentenzulage mit der Begründung, dass Freisler nach dem Krieg wohl »als Rechtsanwalt oder Beamter des höheren Dienstes tätig geworden wäre«. Der Leiter der damaligen Vollstreckungsabteilung des Münchener Landgerichts zum Beispiel, Oberstaatsanwalt Dr. Walter Roemer, wirkte weiter bis 1968 als Leiter der Abteilung Öffentliches Recht im Bundesjustizministerium.

Die Kontinuität der Nazis in der Justiz erfolgte nicht nur durch die Personen, sondern auch durch die Anwendung von Gesetzen, die eigens von den Nazis verfasst wurden und durch die fortgesetzte politische Verfolgung der Opposition heute. Wahrend 1986 alle Ermittlungen gegen die Mörder unter dem Talar eingestellt wurden, wurde aber erst 1998 ein Gesetz erlassen, welches die Urteile der Nationalsozialisten und insbesondere des Volksgerichtshofs für ungültig erklärte. Bis dahin waren sie auch nach 1945 noch gültig.

1933 verfassten die Nazis das Gesetz zur so genannten Sicherheitsverwahrung, das heute noch angewendet wird. Hiernach verurteilt gibt es in der BRD zirka 400 Gefangene. Sie können selbst nach Absitzen ihrer Strafe ihr Leben lang weggesperrt bleiben, wenn ein psycholo-

gisches Gutachten eine so genannte Wiederholungstat prophezeit. Hier wird deutlich, dass die Grundlage für die Einknastung nicht Fakten sondern Meinungen sind, die meist stark durch das rassistische, biologistische Menschenbild der Nazis geprägt sind: mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten ist erblich.

Das heutige »Ausländergesetz« hat ebenso wie die Sondergesetzgebung für »Fremdvölkische im dritten Reich« das Menschenbild der »Herrenrasse« zur Grundlage: Arbeitsverbot, Zwang zur Massenunterkunft, Residenzpflicht, daher Verbot den Wohnort zu verlassen, monatelange Inhaftierung in Abschiebegefängnissen, Deportationen … Rechtlosigkeit.

Nach 1945 wurden im Bundesverfassungsgesetz das Recht und sogar die Pflicht zum Widerstand verankert, die Richter allerdings ersetzten den Begriff Widerstand kurzerhand durch »Terrorismus« und »Widerstand gegen die Staatsgewalt«. Somit findet die Verfolgung von Opposition und Widerstand fortgesetzt statt.

Die Paragraphen 129, 129a und 129b sind die entsprechenden Sondergesetze hierfür. Sie rechtfertigen die totale Erfassung, Überwachung, Einschüchterung und Kriminalisierung von KommunistInnen, AntifaschistInnen, AnarchistInnen, KriegsgegnerInnen und so weiter. Die Kriterien für das Strafmaß und die Haftbedingungen sind Ansichtssache und willkürlich. So zum Beispiel sitzen monatelang Marco, Carsten und Daniel aus Magdeburg im Knast. Ihnen ist keine Straftat nachzuweisen, die Grundlage ihrer Verhaftung liegt einzig in der Behauptung: »Mitgliedschaft in einer Terroristischen Vereinigung«. Mehr zu dem Verfahren gegen die Magdeburger ist unter der Internetseite www.soligruppe.de abrufbar.

Wer annimmt, dass mit dem Untergang des Volksgerichtshofs auch der ihm zugrunde liegende Geist ein Ende hatte, der irrt gewaltig. Auch heute bestimmt die Staatsmacht, was Recht und Unrecht ist. Die Sondergesetze gegen so genannte psychisch Kranke, AusländerInnen und den Widerstand werden ständig ergänzt und verschärft. Die Gesetze der »Wehrgerichtsbarkeit« liegen für den »Ernstfall« auch wieder fertig in den Schubladen. Sie sehen vor, »Deserteure«, »Wehrkraftzersetzer«, »Hoch- und Landesverräter«, »Befehlsverweigerer« so zu bestrafen, dass du die Möglichkeit, den nächsten Krieg zu überleben dem sicheren Tod vorziehst, mit dem du im Falle deines Widerstands dagegen bestraft wirst.



Aktion vom Anti-Lager-Netzwerk vom 2. April 2005: AktivistInnen dringen in ein Lager in Bahnsdorf bei Senftenberg ein

Bertelsmann: »Hitlers bester Lieferant«

Als »Hitlers bester Lieferant« bezeichnete die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Januar 2000 den Bertelsmann Verlag, nachdem eine historische Untersuchungskommission ihren Zwischenbericht über »Bertelsmann im Dritten Reich« vorgelegt hatte. Heute ist Bertelsmann Medien-Weltkonzern und reaktionäre Denkfabrik.

An der exklusiven Adresse – Unter den Linden 1 – residiert mit Bertelsmann einer der größten Medienkonzerne der Welt. Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus erinnern wir an dieser Stelle an die braune Vergangenheit des Verlags und den Umgang der hier residierenden Saubermänner und Sauberfrauen mit der Geschichte ihres Unternehmens. Zum anderen wollen wir einige Schlaglichter auf die heutige Machtposition des Medienkonzerns und Think-Tanks Bertelsmann werfen. Die Bezeichnung »Hitlers bester Lieferant« könnte treffender nicht sein, angesichts der Verlagsgeschichte vor und während der Zeit des deutschen Faschismus. Wie viele andere deutsche Konzerne, so ist auch Bertelsmann emsig bemüht, das Image der weißen Weste nicht durch die Thematisierung ihrer Geschäfte während und mit der nationalsozialistischen Diktatur, beschmutzen zu lassen.

Geschichtsklitterung

1998, anlässlich einer Preisverleihung stilisierte der damalige Vorstandsvorsitzende Thomas Middelhoff den Verlag als Hort des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Als einer der wenigen nicht jüdischen Verlage, so Middelhoff, sei Bertelsmann 1944 wegen der Verbreitung »subversiver« Bücher von den Nazis geschlossen worden. Eine Darstellung, die infamer kaum erlogen sein könnte!

Die historische Kommission, die die Geschichte von »Bertelsmann im Dritten Reich« untersuchte, hielt fest, dass »die ungewöhnlich hohe Zahl von 19 Millionen Wehrmachtsexemplaren, die die Gewinne explodieren ließ« mehreren Gründen verdankte. Dazu gehörten die Leistungsfähigkeit der Druckerei und die geschickte Papierbevorratung, aber vor allem, so der Kommissionsbericht, »verlief die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Wehrmacht und des Propagandaministeriums weitgehend komplikationslos.«

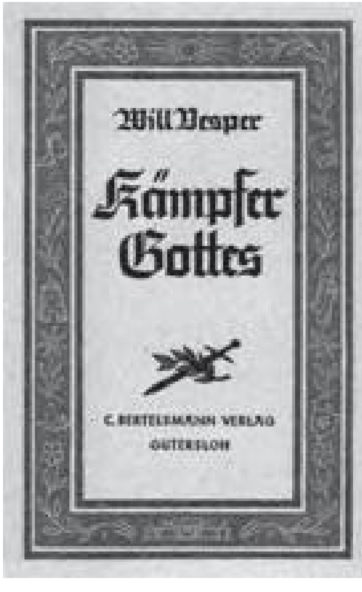
Vor dem Hintergrund der skrupellosen Anpassungsfähigkeit der Bertelsmann-Führung ist dies nicht verwunderlich!

Dienten die gleichgeschaltete Tagespresse und der Rundfunk der unmittelbaren Beeinflussung des »Volkswillens«, so produzierte die Literatur – und zwar schon weit vor 1933 – den antisemitischen, völkisch-chauvinistischen und revisionistischen Grundtenor in Teilen der deutschen Bevölkerung. Die Bücherverbrennungen, die am 10. Mai 1933 im ganzen Deutschen Reich und vor allem in den Universitätsstädten stattfanden – wie hier in Berlin auf dem Bebelplatz –, waren der symbolische Akt des kulturellen Umsturzes in der Wissenschaft, Kultur und in der Literatur.

Als am 10. Mai 1933 so genannte »undeutsche Literatur« auf Scheiterhaufen verbrannt wurde, dürfte sich nicht ein Titel aus dem Hause Bertelsmann darunter befunden haben. Bertelsmann hatte sein Verlagsprogramm schon frühzeitig auf den sich ausbreitenden völkischen und antisemitischen Geist abgestimmt und entsprechende Autoren unter Vertrag genommen. Einer der bekanntesten antisemitischen Autoren ist Will Vesper,



Werner von Langsdorff (Hrsg.): »Deutsche Flagge über Sand und Palmen – 53 Kolonialkrieger erzählen«; zwischen 1936 und 1941 in fünf Auflagen erschienen



Will Vesper: »Kämpfer Gottes«; 1938



Hellmut H. Führing: »Wir funken für Franco – Einer von der Legion Condor erzählt«; zwischen 1939 und 1941 in acht Ausgaben mit 116 000 Exemplaren erschienen



Rudolf Schauff: »Sieger über Polen«; 1939; 175 000 Exemplare; vier Auflagen



Hitlers bester Lieferant

...derern: Eine Historische Kommission klärt über Bertelsmanns Ge...

dass Bertelsmann sich gegenüber den Nazis oppositionell oder gar widerständig verhalten habe, wie es der Konzern vor allem in den Vereinigten Staaten gerne verlauten ließ. Der Hauptteil des Programms war nach Erkenntnis von Kommissionsmitglied Trutz Rendtorff, Theologe in München, bereits seit Beginn der zwanziger Jahre von einem antimodernen Zug bestimmt; in den seit 1935 verlegten „Kriegserlebnisbüchern" fänden sich auch antisemitische Passagen. Die Bertelsmann-Bücher hätten sich, von gelegentlichen Abweichungen abgesehen, im Gleichklang mit der NS-Ideologie befunden.

Die Schließung des Verlags im August 1944, von Kritikern des Hauses mehrfach bezweifelt und von Bertelsmann selbst auf politische Differenzen mit dem Regime zurückgeführt (der damalige Verlagschef Heinrich Mohn war Mitglied der Beken-... -nissen der Kommission den wahren Grund für die Schließung abgab. Nach dem Freispruch im März 1945 betrieb das Unternehmen seine Wiederzulassung. Die immensen, wie auch immer angesammelten Papiervorräte aus der Kriegszeit erleichterten dem Verlag dann den Start unter britischem Besatzungsrecht.

Sofort nach der Pressekonferenz hat der Vorstandsvorsitzende von Bertelsmann, Thomas Middelhoff, die bislang falsche offizielle Darstellung der Unternehmensgeschichte bedauert. Seine merkwürdig kurze Erklärung geht aber nicht auf die eigentlich brisanten Ergebnisse der Untersuchung ein. Bis gestern war die wahre Bedeutung Bertelsmanns im NS-Staat unbekannt. Jetzt weiß man, dass der Verlag mit zwanzig Millionen Stück mehr als ein Viertel der gesamten Wehrmachtsbuchausgaben produzierte und damit selbst den Zentralverlag der NSDAP um fast das Doppelte über-

der seit 1932 bei Bertelsmann verlegt wurde. Vesper war als Mitglied der Deutschen Akademie der Dichtung aktiv an der Vorbereitung der Bücherverbrennungen beteiligt und der Hauptredner bei der Verbrennung des »undeutschen Schrifttums« in Dresden.

Literarische Arsendosen

Wenige Tage nach den Bücherverbrennungen schrieb Kurt Tucholsky an seinen Freund Walter Hasenclever: »Da kommen sie nun aus allen Löchern gekrochen die kleinen Provinznutten der Literatur, nun endlich, endlich ist die jüdische Konkurrenz weg – jetzt aber! Will Vesper in seiner ›Neuen Literatur‹; immer feste«.

Eine ganze Reihe der von Tucholsky als Provinznutten beschimpften Autoren, verdiente sein Geld beim Bertelsmann-Verlag, der auf diese Weise vom Faschismus zu profitieren wusste und zudem den geistigen Nährboden der nationalsozialistischen Ideologie lieferte. Bertelsmann war zweifellos weit mehr als irgendein mittelständisches Unternehmen: Der Familienbetrieb lieferte zwar keine Waffen, aber dafür »aufbauende Literatur«, um die Moral an der Front und an der Heimatfront aufrecht zu erhalten.

»Worte können sein wie winzige Arsendosen«, schrieb Victor Klemperer in seinem Werk »LTI« (Lingua Tertii Imperii), zur Sprache des Dritten Reiches: Diese Arsendosen, so Klemperer »werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Wirkung doch da.«

Bertelsmann verfütterte literarische Giftmischungen in Millionen-Auflagen und legte mit den erzielten Profiten den Grundstein für den nach dem Krieg entstehenden Medien-Weltkonzern.

Schaut man auf die Homepage des Random Verlagshauses, einer 100-prozentigen Bertelsmann-Tochtergesellschaft in den USA, so liest man dort, dass »nach dem Druckverbot religiöser Schriften zu Kriegsbeginn« der Bertelsmann Verlag, »jetzt der Wehrmacht unterstellt«, gewesen sei und »so genannte Feldpostausgaben, teils mit harmlosem Inhalt, teils mit Verklärung der Kriegswirklichkeit« gedruckt hätte. Und weiter ist zu lesen, dass im Herbst 1944 die Schließung des Verlags erfolgt sei und »ein halbes Jahr später die Zerstörung der Verlagsgebäude während eines britischen Luftangriffs« zu beklagen war.

Zu dieser verfälschenden Selbstdarstellung, die darin gipfelt, den Verlag auch noch als schuldloses Opfer britischer Luftangriffe darzustellen, ist festzuhalten:

1. Bertelsmann war zu keinem Zeitpunkt der Wehrmacht unterstellt, sondern kooperierte mit den zuständigen Stellen der Wehrmacht und des Propagandaministeriums wie es die Untersuchungskommission ausführlich darlegt,

Konvoi bei Bertelsmann und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Januar 2000, Nummer 14, Seite 47

Kundgebung während des Konvois bei Bertelsmann-Repräsentanz Unter den Linden 1



2. der Verlag kann auch nicht ansatzweise auf irgendeine Art und Weise für sich in Anspruch nehmen, dem Widerstand zugerechnet zu werden und gehört drittens auch in keiner Weise zu den Opfern des Faschismus, sondern stand auf der Seite der faschistischen Täter und hat davon mächtig profitieren können.

Aufstieg zum Weltkonzern

Wie wenig der Bertelsmann-Verlag seit jeher bereit war, die eigene Geschichte und Verantwortung aufzuarbeiten, zeigte sich schon unmittelbar nach Kriegsende.

Der damalige Verlags-Chef, Heinrich Mohn, verschwieg in seinem persönlichen Entnazifizierungsbogen seine finanzielle Unterstützung verschiedener NSDAP-Gliederungen und seine Mitgliedschaft im Förderkreis der SS, und bemühte sich mit seiner Führungsriege im Sommer 1945 die schwer belasteten Nazi-Autoren Hans Grimm und Will Vesper wieder an den Bertelsmann-Verlag zu binden.

Trotz dieses Geschäftsgebarens konnte Mohn unter den wohlwollenden Augen der britischen Besatzungsmacht schon zum Jahreswechsel 1946/47 seiner Belegschaft vermelden, dass die »Produktion wieder auf einen rentablen Stand« gebracht worden war.

Auf dieser Grundlage konzentrierte sich Bertelsmann in den 50er Jahren auf den Ausbau von Leseringen. Mit den so genannten Buchclubs, die Bertelsmann in ganz Europa aber auch in Südkorea und seit 1997 in Shanghai betreibt, wuchsen die Umsätze des Konzerns Jahr für Jahr, wodurch die Expansion in andere Länder und die Ausweitung auf andere Geschäftsfelder in den 70er und 80er Jahren ermöglicht wurde. Mit seinen weltweit über 76 000 Mitarbeitern erzielt Bertelsmann heute einen Umsatz von rund 17 Milliarden Euro. Zu den Tochtergesellschaften gehören unter anderem das größte Radio- und Fernsehunternehmen Europas die RTL-Gruppe, eine der weltweit größten Buchverlagsgruppe Random House sowie die Bertelsmann Music Group, die im letzten Jahr mit der Sony Music zu einem der weltweiten Marktführer im Musikgeschäft verschmolz.

Mit dem Hamburger Verlag Gruner & Jahr und der Arvato AG verfügt Bertelsmann zudem über strategische Positionen auf dem europäischen Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt sowie bei CallCentern und in der Druckindustrie.

»Europas mächtigstes Medienunternehmen ist so groß, dass es sich am liebsten ganz klein macht« schrieb der Spiegel 1999 und die Zeitschrift der IG Medien betitelte im Februar 2000 Bertelsmann als »Bewusstseinsriesen«.

Beide Beschreibungen treffen zu, beschreiben jedoch nicht die ungeheure Machtfülle, die sich hinter den Fassaden des Bertelsmann-Sitzes verbirgt. Denn neben dem global agierenden Medienkonzern treffen wir hier auch auf die 1977 gegründete Bertelsmann-Stiftung, die zu allen relevanten Politikfeldern Strategiepapiere verfasst und über engste Verbindungen in Politik und Wirtschaft verfügt. Als Denkfabrik (auch Think-Tank genannt) prägt Bertelsmann sowohl innen- als auch außenpolitische Entscheidungen. Mit dem eigens geschaffenen Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) förderte Bertelsmann unter anderem die Einführung von Studiengebühren. Aber auch die Kapital-freundliche Stoßrichtung der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze wurden von Bertelsmann-Strategen geprägt.

Zur Einweihung des hiesigen Sitzes von Bertelsmann im November 2003 waren 600 Prominente aus Politik, Wirtschaft und Kultur geladen. Nicht zuletzt Kanzler Schröder gab sich die Ehre und erhoffte sich durch die nun gegebene Nähe zum Regierungssitz »eine Bereicherung des politischen und kulturellen Dialogs in Berlin und in Deutschland.«

Vordenker des deutschen Imperialismus

Zur Ausarbeitung außenpolitischer Strategien unterhält die Stiftung die »Forschungsgruppe Politik« beziehungsweise das Centrum für angewandte Politikforschung – kurz CAP – an der Universität München. Dessen Direktor, Werner Weidenfeld, ist zudem Vorstandsmitglied der Bertelsmann-Stiftung und gilt als wichtigster Regierungsberater in außenpolitischen Fragen. Insbesondere die Destabilisierung der Osteuropäischen Staaten mit dem Ziel der Einbindung in den deutschen und europäischen Macht- und Wirtschaftsbereich bestimmen die Strategiepapiere des CAP. Unumwunden beschreibt Weidenfeld den europäischen Weltmacht-Anspruch und beklagt zugleich die Schwäche der strategischen Fähigkeiten der EU. Eine dieser Schwächen liegt nach Meinung des CAP im militärischen Bereich. Das umstrittene Raketensystem MEADS gilt für Weidenfeld und seinen Stab als »unverzichtbar«, wie es in einem kürzlich veröffentlichten Strategiepapier heißt. Die Aufgabe von MEADS sei »die Bereitstellung von modernen Luftabwehrkapazitäten für Soldaten im Auslandseinsatz« könne »aber daneben auch zum punktuellen Schutz von Zivilbevölkerung in Krisen sowie wichtiger Objekte im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt werden.« Und nach Meinung des CAP müsse »über die große Bedeutung eines mobilen regionalen Luftabwehrraketensystems für die Sicherheit im Einsatzgebiet bei knapp 10 000 im Ausland befindlichen Bundeswehrsoldaten an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden.« Logische Schlussfolgerung der Bertelsmann-Militaristen: »Mehr Gründe denn je sprechen bei den zu erwartenden sicherheitspolitischen Trends der nächsten Jahre, die aller Voraussicht nach für Deutschland von langfristigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr in fernen und krisengeschüttelten Gebieten geprägt sein werden, für eine moderne, regional begrenzte Luftabwehrfähigkeit. MEADS ist dafür unverzichtbar.«

Mit der Bertelsmann Stiftung und seinen Ablegern wie dem CAP hat sich die größte private Denkfabrik fest in der politischen Klasse Deutschlands und innerhalb der EU-Administration etabliert. Auf allen Ebenen propagiert Bertelsmann innen- und sozialpolitisch den Klassenkampf von oben und proklamiert außenpolitisch die europäische Weltmacht unter deutscher Führung.

Diese Adresse – Unter den Linden 1 – steht für die reaktionärsten und expansionslüsternsten Vordenker des wiedererwachten deutschen Imperialismus und der Medienkonzern Bertelsmann gehört ohne Zweifel zu den Profiteuren desselben.

Wir protestieren deshalb an dieser Stelle gegen die Machenschaften des Bertelsmann Konzerns und sagen:

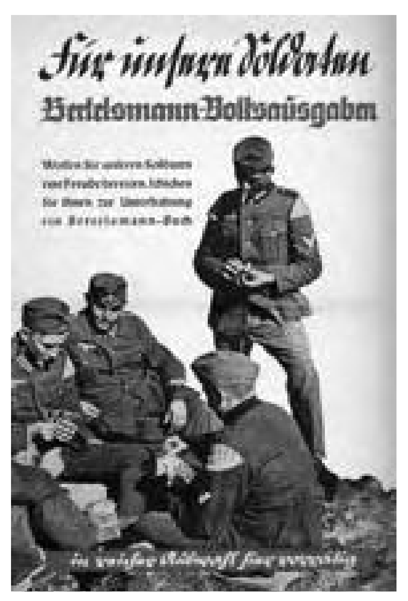
Nieder mit Bertelsmann – Nieder mit dem neuen deutschen Imperialismus



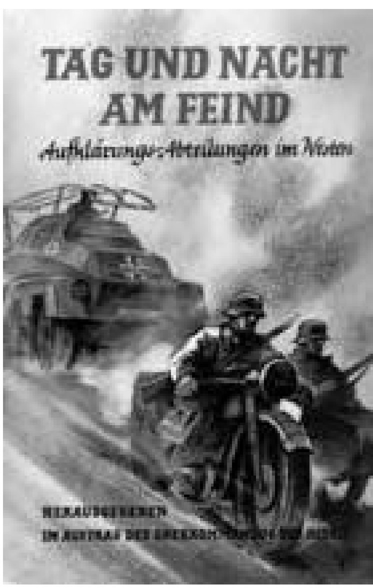
Werbeplakat für das Buch »Flieger-Ritter-Helden – Mit dem Haifisch-geschwader in Frankreich und andere Kampfberichte«; vier Auflagen; 130 000 Exemplare



Josef Grabler: »Mit Bomben und MGs über Polen – Kriegsberichte der Luftwaffe«; zwischen 1940 und 1942 neun Auflagen mit 300 000 Exemplaren



Werbeplakat von 1940: »Für unsere Soldaten – Bertelsmann-Volksausgaben«



»Tag und Nacht am Feind – Aufklärungs-Abteilungen im Westen«: Herausgegeben im Auftrag des Oberkommandos des Heeres, 1. bis 3. Auflage 1942 mit 125 000 Exemplaren

Heil Hitler und Amen – Kirche während des Faschismus

Vielen Katholiken erschien Hitler als christlich-nationale Integrationsfigur, die für »Ruhe und Ordnung« sorgte. Nach traditioneller Auffassung schuldete man ihm den staatsbürgerlichen Gehorsam trotz seines totalitären Weltanschauungsanspruchs, der konträr zum christlichen Denken stand.

So hatten die deutschen Bischöfe nach Hitlers kirchenpolitischem Entgegenkommen (Regierungserklärung vom 23. März 1933) bereits ihre allgemeinen Warnungen vor der NSDAP zurückgezogen.

Am 20. Juli 1933 kam es zur Unterzeichnung des Reichskonkordats zwischen der NS-Regierung und Papst Pius XI, das der katholischen Kirche weitgehende Freiräume innerhalb ihres kirchlichen Tuns einräumte. Dieses 3. internationale Abkommen verschaffte dem NS-Regime einen nicht zu unterschätzenden Prestigegewinn.

Doch die Freude über das Konkordat hielt nicht lange an, denn das Hitler-Regime setzte seine Schikanen bereits 1934 fort. Die Einschränkungen des kirchlichen Wirkungsbereiches veranlassten den deutschen Episkopat 1936, den Papst um ein Wort des Protestes zu bitten. Die deutschsprachige Enzyklika »Mit brennender Sorge« wurde am 21. März 1937 im ganzen Deutschen Reich von der Kanzel verlesen. Der Papst kritisierte darin nicht nur die Kirchenpolitik des NS-Staates, sondern auch dessen ideologische Grundlagen: »Wer die Rasse oder das Volk oder den Staat oder die Staatsform (...) vergöttert, der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene (...) Ordnung der Dinge.« Die Enzyklika bildete den Höhepunkt der weltanschaulichen Konfrontation zwischen dem NS-Regime und der katholischen Kirche. Papst Pius XI. starb am 10. Februar 1939.



Kundgebung während des Konvois am Lustgarten vor dem Berliner Dom



Bischöfe Bornwasser, Sebastian, Gauleiter Bürckel, Reichsinnenminister Frick, Goebbels (1935)

Krieg, Kirche und Hitlers Papst

Die katholische Kirche sah sich bei Ausbruch des Krieges in die »nationale Pflicht« genommen. Den Aufrufen der Bischöfe fehlte es nicht an Solidaritätsbekundungen. Dem Gebot der nationalen Geschlossenheit im Krieg war alles unterzuordnen.

Während des gesamten Krieges wurde die katholische Kirche von Papst Pius XII (1939 bis 1958), dem ehemaligen Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli angeführt, der die Verhältnisse in Deutschland aus seiner Zeit als Apostolischer Nuntius beim Deutschen Reich und als päpstlicher Verhandlungsführer beim Abschluss des Reichskonkordats bestens kannte.

Es verdichten sich die Indizien, dass Papst Pius XII stets nur vom Streben nach Sicherung und Mehrung des Katholizismus beseelt war, angefangen bei der Einfädelung des Reichskonkordats bis hin zur Direktive zum kirchlichen Gedenken an die Geburtstage Hitlers. So sah er in seinem missionarischen Eifer in der Wehrmacht möglicherweise die Speerspitze eines Kreuzzugs zur Erlösung Russlands vom jüdisch-bolschewistischen Joch.[1] Denn zum Beispiel exkommunizierte Papst Pius XII. 1949 alle Kommunisten Italiens. Die katholischen Nazis einschließlich des bis zu seinem Tode katholischen Hitler hat er nicht exkommuniziert.

Und: »Der Papst, der geschwiegen hat« – schwieg nicht immer! Am 1. April 1939, vier Wochen nach seiner Krönung, sandte Pius XII. an General Franco folgendes Telegramm: »Unser Herz zum Herrn emporhebend, bringen wir Eurer Excellenz für den ersehnten katholischen Sieg Spaniens unseren aufrichtigen Dank dar. Wir geben unserem Gelöbnis Ausdruck, dass dieses geliebte Land in dem erreichten Frieden mit neuer Kraft die alten christlichen Traditionen übernehmen möge, die es groß gemacht haben. Mit Gefühlen herzlicher Zuneigung senden wir Eurer Excellenz und dem ganzen edlen spanischen Volke unseren apostolischen Segen.«[2] Kommentar überflüssig bei einem Krieg, der mehr als einer Million Menschen das Leben kostete.

Aber vielleicht lässt sich doch noch der kämpferische Geist des Papstes nachweisen: Laut einer Meldung des ORF vom 4. Mai 2001, die auf einem Artikel in der Turiner »La Stampa« gründet, versuchte Pius XII durch Teufelsaustreibungen (»Im Namen Jesu, Satan, weiche!«) Hitler aus der Ferne zu »heilen«.[3] Überraschender Weise ist ihm das auch nicht gelungen.

Der »Beweis« für kirchlichen Widerstand

Im Zentrum der Analyse des Verhaltens der katholischen Kirche während des Faschismus soll das von ihr selbst



Hand in Hand: Hitler und Nuntius Vassallo di Torregrossa

[1] *Siehe dazu: Kirchengeschichte ...*

[2] *Leserbrief in der ZEIT vom 2. Dezember 1999*

[3] *Wer sich noch immer ernsthaft mit diesem unseligen Papst beschäftigen will, der/dem sei Hitler's Pope: The Secret History of Pius XII von John Cornwell empfohlen. Auch auf deutsch erhältlich.*

als herausragendes Beispiel für Widerstand wiederholt benannte »Hirtenwort der deutschen Bischöfe über die Lage der katholischen Kirche in Deutschland«[4] dienen. Das 1941 ausgearbeitete Papier wurde zusammen mit der evangelischen Bekennenden Kirche als gemeinsame Denkschrift dem Reichskanzler zugestellt. Als es unbeantwortet blieb, gingen zahlreiche west- und süddeutsche Diözesen im März 1942 dazu über, eine gekürzte Fassung von den Kanzeln der Pfarrkirchen verlesen zu lassen.

Auf sechs dicht mit der Maschine geschriebenen Seiten werden folgende Untergliederungen vorgenommen:

I. Religiöse und kirchliche Rechte

1. Einschränkungen des Konkordats
2. Verletzung des Rechts auf religiöse Erziehung
3. Behinderung der Ausübung des Lehr- und Seelsorgeamtes der Priester sowie der katholischen Presse
4. Verdrängung der Orden und religiösen Genossenschaften
5. Beschlagnahmung von Priesterseminaren

II. Gottverliehene Rechte des Menschen[5]

1. Recht auf persönliche Freiheit
2. Recht auf Leben
3. Recht auf Besitz
4. Recht auf Schutz der Ehre gegen Lüge und Verleumdung

Während im Teil I ausschließlich auf rein kirchliche Belange Bezug genommen wird, lässt Teil II die Hoffnung aufkommen, dass wenigstens dort eindeutig Position gegen die Kriegs- und Vernichtungspolitik des faschistischen Regimes eingenommen wird.

In II.1. wird die persönliche Freiheit aller Menschen gefordert, jedoch innerhalb der Grenzen die »… die Pflicht des Gehorsams gegen die gerechten Gebote der rechtmäßigen Obrigkeit ihm ziehen.« Da hier noch Interpretationsspielraum verbleibt, werden nachfolgend die weiteren Absätze untersucht.

Kirchlicherseits wird gern der letzte Absatz von II.2. zitiert: »Wir Bischöfe werden es nicht unterlassen, gegen die Tötung Unschuldiger Verwahrung einzulegen. Niemand ist seines Lebens sicher, wenn nicht unangetastet dasteht: Du sollst nicht töten!«. Da II.2. die Euthanasie geisteskranker Menschen zum Thema hat, ist eine Ausweitung dieses Satzes auf jeden Menschen zwar wünschenswert, entspricht aber keinesfalls den tatsächlichen Aussagen des Hirtenbriefes.

Auch II.4. bezieht ausschließlich katholische Ordensleute ein, die »… auch im Kriege, heldenmütig ihre Pflicht getan [haben], wie vielfach auch durch die Verleihung von Kriegsauszeichnungen anerkannt ist.«

Vergeblich durchsucht man den Text auf eine versteckte oder gar offene Positionierung. Eher wird man gegenteilig fündig, wenn die Bischöfe davor warnen »… womöglich das Christentum in Deutschland zu vernichten; und zwar noch während des Krieges, noch bevor die Soldaten, die zum großen Teil im christlichen Glauben die Kraft zu heldenhaftem Kämpfen und opferstarkem Aushalten finden, in die Heimat zurückkehren.« Hier muss man schon »göttliche Gaben« besitzen, um eine Ablehnung des Krieges heraus zu interpretieren.

Zur insgesamt äußerst zurückhaltend formulierten Schrift muss hinzugefügt werden, dass spätestens zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung die deutschen Bischöfe und auch die päpstliche Kurie gesicherte Informationen des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin besaßen, dass die Deportationen der Juden in den Osten keine Umsiedlung, sondern die Vorbereitung für ihre physische Ausrottung bedeuteten.[6]

Im Jahr 2004, nach Öffnung einiger Geheimdokumente des Vatikans, belegt Sale, Redakteur der Jesuitenzeitschrift »La Civilta' Cattolica«, mit der Veröffentlichung von 80 Nuntiaturberichten aus München und Berlin an das Staatssekretariat unter Kardinal Eugenio Pacelli (dem späteren Papst Pius XII.) aus der Zeit von 1930 bis 1938, dass der Vatikan stets über das Tun und Streben der Deutschen Faschisten informiert war.[7]

Die Kirche hat zwar geschwiegen, aber sie unterstützte nie aktiv das Regime, oder?

Häufig wird gefragt, woher die Faschisten die Religionszugehörigkeit der Einzelperson wussten. Leider spielt auch hier die Kirche eine unselige Rolle: Was über Finanzämter, das Berufsbeamtengesetz, eine Volkszählung 1933 und eine weitere 1939 nicht in Erfahrung zu bringen war, klärten teilweise die Kirchenbücher.

Dort war unter anderem vermerkt, wenn beziehungsweise wann ein Mensch jüdischen Glaubens zum christlichen übertrat. Um einer Überarbeitung der Pastoren beim Ausfüllen der »Ariernachweise« vorzubeugen, wurde eine zentrale Kirchenbuchstelle geschaffen. Somit half die Kirche tatkräftig bei der Suche nach Christen mit jüdischer Herkunft mit.

Widerstand von unten

Auch wenn bisher ausführlich gezeigt wurde, dass die Amtskirche und ihr Oberhirte kläglich als Bollwerk gegen den Faschismus versagten, darf nicht unterschlagen werden, dass vielzählige Christen mutig gegen das Regime aufgetreten sind und aktiv Menschen jüdischen Glaubens, Kommunisten, Roma und Sinti, Homosexuelle und andere Verfolgte unterstützten. 407 Priester wurden in ein Konzentrationslager verbracht, 107 kamen dort zu Tode. 63 weitere Priester wurden hingerichtet oder ermordet. Zahlen über Christen, die sich dem alltäglichen Faschismus widersetzten und ein ähnliches Schicksal erlitten, gibt es zwar nicht, aber diese Menschen gab es auch.

[4] *vollständig abgedruckt unter anderem in: Beiträge zum Widerstand 1933 bis 1945, Nr. 36. Kostenlos erhältlich bei Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin.*

[5] *Eher allgemein bekannt als »Menschenrechte«.*

[6] *Siehe Anmerkung 2*

[7] *Seine Schlussfolgerung aus der Veröffentlichung der Akten ist jedoch etwas anders gelagert: »Der Vatikan hat sich demnach zu keinem Zeitpunkt nach der Machtergreifung Hitlers 1933 der Illusion hingegeben, die Nazis könnten eventuell Verbündete der Kirche bei der Abwehr der bolschewistischen Bedrohung sein.«*



Auf dem Weg zum nächsten Ziel entlang an der Gedächtniskirche

Die Kirche nach Kriegsende

Nach Kriegsende wollten unzählige Kriegsverbrecher im fernen Ausland abtauchen. Zynischerweise war es gerade die katholische Kirche, die ihnen dabei behilflich war. Über die Fluchtroute mit dem Namen »Vatikanlinie« oder »ratline« wie sie im Geheimdienst genannt wurde, brachte man die Nazis über Rom und Genua nach Übersee.[8] Den Namen erhielt sie, weil sie durch ein Netz von Klöstern und Priestern ging. Eine wichtige Rolle spielte Bischof Alois Hudal dabei, der sich schon 1937 in einem Buch[9] offen zum Nationalsozialismus bekannt hatte und als Direktor eines Priesterkollegs fast 30 Jahre Einfluss auf den kirchlichen Nachwuchs hatte. Er besorgte falsche Reisepässe beim Internationalen Roten Kreuz und Reisegeld bei der Caritas. Protestanten fanden Hilfe beim Präses Heinemann und je nach Nationalität gab es weitere Unterstützergruppen. Geheimdienste mischten selbstverständlich auch mit. Der kroatische Priester Krunoslav Dragonovic, in seiner Heimat ein Aktivist der faschistischen Ustascha, leitete in Genua das »Geschäft«: zirka 1000 Dollar pro Person, Kinder die Hälfte und »Promis« 1400 Dollar. Er arbeitete eng mit Bischof Hudal zusammen und war unter anderem für die gelungene Ausreise von Klaus Barbie und Eichmann verantwortlich.

Aber heute!

Bei den Nachgesängen auf den kürzlich verstorbenen Papst Johannes Paul II wurde wiederholt dessen herausragende Rolle als Papst der »Wiedergutmachung« unterstrichen. Da drängt sich sofort die Frage auf: Was machte er wieder gut?[10]

Papst Johannes Paul II war eher bereit zu einer Entschuldigung als seine Vorgänger, denn: »Papst Johannes Paul II. bat 26 mal für historische Vergehen der Katholiken um Entschuldigung.« schrieb das Katholische Sonntagsblatt (7. September 1979). In seiner Enzyklika »Tertio Millenio Adveniente« habe er zudem geschrieben: »Das Eingestehen des Versagens von gestern ist ein Akt der Aufrichtigkeit und des Mutes.« Die Kirche könne die Schwelle des zweiten Jahrtausends nicht überschreiten, ohne »ihre Kinder dazu anzuhalten, sich durch Reue von Irrungen, Treulosigkeiten, Inkonsequenzen und Verspätungen zu reinigen.«

So einfach ist das also: 26 mal um Entschuldigung bitten und schon hat sich die Kirche von der Verantwortung freigekauft, anstatt sich aktiv an der Entschädigung der Opfer zu beteiligen.

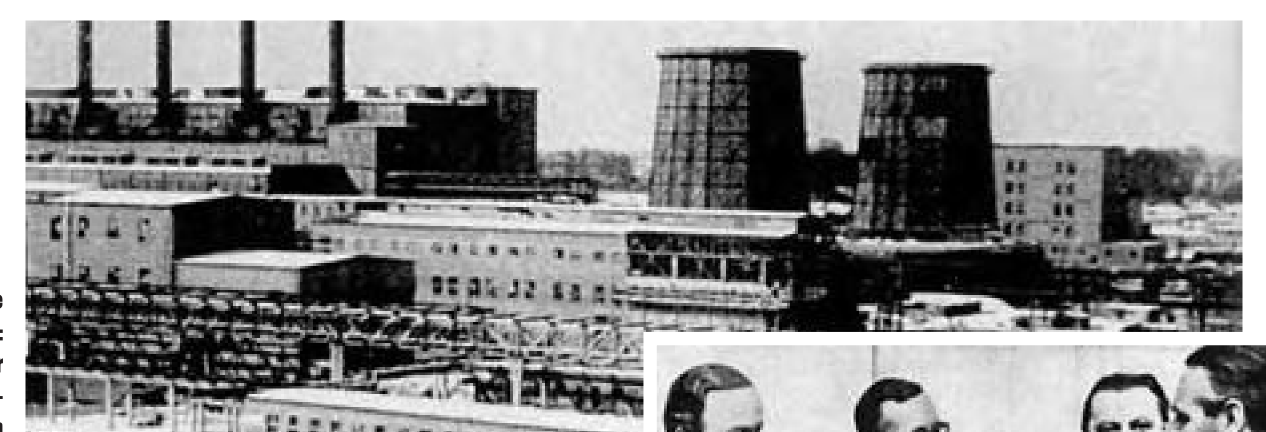
[8] *Ausführliche Literatur zum Thema: a) Klaus Barbie von Tom Bower, b) Die Rattenlinie von Gehlen*

[9] *Alois Hudal, Die Grundlagen des Nationalsozialismus*

[10] *Lesenswerter Artikel zu diesem Thema in: Junge Welt Nr. 77/78, USA-Vatikan-Connection von Marian Stankiewicz*

Deutsche Bank: Geschichte und Kontinuität

Die gegenwärtigen Vorstellungen über den Nationalsozialismus sind durch Filme über das politische Personal, aber auch durch das Erstarken neo-nazistischer Parteien und Organisationen geprägt. Das »Böse« wird individualisiert und moralisiert. Darüber droht das Wissen um die Beteiligung der deutschen Wirtschaft, vor allem der Finanzwirtschaft am deutschen Faschismus in Vergessenheit zu geraten.



Buna-Werke in Auschwitz: Arbeitslager der IG-Farben wurden mit Krediten der Deutschen Bank finanziert

Kreuzritter des Kapitals: Hermann Josef Abs (links) mit Karl Schiller, Franz-Josef Stauß und Berthold Beitz im März 1967

Weder die heimliche Aufrüstung noch das Tempo technologischer Innovationen und der militärwirtschaftlichen Produktivitätssteigerungen, noch schließlich die dadurch erst geschaffene Kriegsfähigkeit des faschistischen Deutschland sind ohne das konzertierte Vorgehen der wichtigsten Banken und Großkonzerne nachvollziehbar.

In einer »gemeinsamen Erklärung« riefen 1999 die Regierung Schröder und zwölf deutsche Großkonzerne, allesamt mit einer langen Firmengeschichte, für die Gründung einer Stiftung zur Entschädigung der NS-ZwangsarbeiterInnen auf. Nach jahrzehntelanger Ignoranz der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen waren für die strategische Neuausrichtung im Umgang mit den Opfern zwei Faktoren ausschlaggebend: Es ging um Vermeidung unangenehmer Kampagnen, vor allem in den USA, zur Verstrickung der Unternehmen in die deutsche NS-Wirtschaft und Vermeidung kostspieliger Sammelklagen der Opfer von ›Arisierungen‹ beziehungsweise deren Nachkommen. Zu diesen Gründungsunternehmen gehörte auch die Deutsche Bank.

In früheren Hochglanzbroschüren über die eigene Geschichte hatte es immer geheißen, das Bankhaus habe gerade in der »Zeit nach 1933« vornehme Zurückhaltung geübt und trotz »einiger Neuerwerbungen nach 1938« »keine Konzessionen« gemacht. Nach wachsender Kritik an dieser schamlosen Geschichtsklitterung, nicht zuletzt in den geschäftlich so wichtigen USA, entschloss sich die Deutsche Bank zur Flucht nach vorn. Hauseigene Historiker wiesen prompt nach, dass die Deutsche Bank sich mit vollem Wissen ihres Vorstands an der Finanzierung von Auschwitz beteiligt hat. Sie gab Kredite für den Bau des Buna-Werks der IG Farben und für Baustellen der Waffen-SS in Auschwitz. Bei der Kattowitzer Filiale der Deutschen Bank belief sich der Umsatz des Buna-Werks im Frühjahr 1943 auf fünf Millionen Mark pro Monat.

Man hätte dies und weit mehr schon seit über fünfzig Jahren wissen können. Einer Untersuchungsgruppe der US-Militärverwaltung, dem »Deutsche Bank Team«, war

es nach der faschistischen Niederlage 1945 einige Monate lang möglich, relativ frei in Deutschland zu forschen. In einem Bericht dokumentierte sie die weitreichende Beteiligung der Deutschen Bank an den Nazi-Verbrechen und forderte die Zerschlagung des Instituts und Bestrafung seines Führungspersonals. Demnach hatte die Bank den politischen Aufstieg der faschistischen Kräfte mit befördert, konnte in der Vorkriegszeit bis 1939 durch operative Kollaboration ihre Wirtschaftsstellung ausbauen und expandierte parallel zur militärischen Machtausweitung der Naziherrschaft. Ein besonderes Kapitel befasste sich mit der Ausbeutung der Zwangsarbeiter, KZ-Insassen und Kriegsgefangenen. Wegen der Bereitschaft der Deutschen Bank »dem Ziel der Nazis zu dienen, der Welt den Willen Deutschlands mit Waffengewalt aufzuzwingen«, forderte die mit der OMGUS-Untersuchung* der Deutschen Bank befasste Stelle in der US-Militärverwaltung umfassende Konsequenzen, die nur zu berechtigt waren:

»Es wird empfohlen, dass: 1. die Deutsche Bank liquidiert wird, 2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden, 3. die leitenden Mitarbeiter ... von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden.«

Bekanntlich kam es nicht dazu, im Gegenteil, denn solche Beurteilungen waren bald darauf aufgrund des Beginns des ›Kalten Krieges‹ nicht mehr opportun. Die personalen Kontinuitäten in Bezug auf die Deutsche Bank – wie auch der westdeutschen Wirtschaft – gipfeln in der so prominenten wie dubiosen Figur des Bankers Hermann Josef Abs. Denn unbeschadet seiner langjährigen und intensiven Kollaboration mit dem Nazi-Regime als Finanz- und Wirtschaftsstratege war Abs auch nach Kriegsende bis zu seinem Tod 1994 eine der einflussreichsten Persönlichkeiten der westdeutschen Republik: Kanzlerberater, internationaler Verhandlungsführer, zehn Jahre lang DB-Vorstandssprecher und lebenslang graue Eminenz der westdeutschen Machteliten an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik in der BRD. Noch heute ist sein offizielles Gedenken von ehrfürchtiger und beschönigender Anerkennung bestimmt.

Nach dem 2. Weltkrieg hatte die Deutsche Bank ihre wirtschaftliche Macht auf dem System »Deutschland AG« aufgebaut, denn es begrenzte den Wettbewerb untereinander, hielt die ausländische Konkurrenz außen vor und sorgte für gute Akzeptanz des Wirtschaftssystems in der westdeutschen Bevölkerung. Seit dem Wegfall der realsozialistischen Systemkonkurrenz wurde diese »Selbstbeschränkung« jedoch mehr und mehr als Hemmschuh empfunden. Mit Steuersenkungen, mit krisensicheren staatlichen Rüstungsprogrammen und weiteren Gefälligkeiten hat die Regierung Schröder inzwischen den Weg freigemacht, sich mit frischen Kräften an der globalen Schlacht um profitable Fusionen und Investmentgeschäften zu beteiligen. Der jetzige wahlkampfbedingte Theaterdonner des SPD-Vorsitzenden kann über die unverändert kapitalfreundliche Politik von RotGrün nicht hinwegtäuschen.

Die Deutsche Bank ihrerseits hat ihre ›Hausaufgaben‹ hervorragend erledigt. Sie betrachtet inzwischen die gesamte EU als »Heimatmarkt« und zählt in wichtigen Finanzsparten zur internationalen Spitzengruppe. Profitable Konzernergebnisse lässt sich Vorstandssprecher Ackermann mit einem Jahresgehalt in zweistelliger Millionenhöhe vergüten, nicht ohne weitere Massenentlassungen und erhöhte Dividenden in Aussicht zu stellen. Geschäftlich konzentriert man sich weltweit auf die Vertretung der Interessen Wohlhabender, sowie die Ausweidung von Industrieunternehmen durch Kauf, Zerschlagung oder Umstrukturierung, Kapitalabschöpfung und anschließender Platzierung an der Börse.

Geblieben ist auch das politisch »sensible« Geschäft in Trikontländern. Bekannt ist ja die direkte Unterstützung des kriminellen Südafrikanischen Apartheidregimes durch Kredite zu günstigsten Bedingungen und großzügige Teilumschuldung noch bis 1985. Dagegen hat das südliche Afrika keinerlei Entlastung für aus der Apartheid übernommene Schulden erhalten. Ein Schuldendienst von 20 Prozent des Staatshaushaltes an die Deutsche Bank und andere Gläubiger trägt mit dazu bei, dass die Mittel für den sozialen und infrastrukturellen Aufbau fehlen. Die Opfer der vormaligen grausamen und kriminellen Arbeitsbedingungen, an denen die westlichen Investoren jahrelang mitverdienten, warten weiterhin auf eine Entschädigung. Bleibt festzustellen: Die Empfehlungen des OMGUS-Berichts sind also immer noch aktuell!

Office of Military Goverment for Germany, United States (OMGUS), Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland, Finanzabteilung – Sektion für finanzielle Nachforschungen.



»Arbeiter-Illustrierte-Zeitung« vom 16. Oktober 1932 mit einer Fotomontage von John Heartfield: »Millionen stehen hinter mir!«

Mit der Reichsbahn nach Auschwitz

Da die Bahn ein zentrales logistisches Element der »Blitzkrieg-Strategie« darstellte, sollten unter dem Motto »Räder müssen rollen für den Sieg« alle Kapazitäten an Arbeitskraft und Material der Reichsbahn für die faschistische Kriegsmaschinerie mobilisiert werden.

Transparent bei der Zwischenkundgebung am Bahnhof Zoologischer Garten

Nach dem Zusammenbrechen der Ostfront und der Niederlage von Stalingrad rief Goebbels am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast den »totalen Krieg« aus. Um die Reichsbahner gesondert mit Durchhalteparolen auf den »Endsieg« einzuschwören, wurde im Jahr 1943 der 7. Dezember zum »Tag des deutschen Eisenbahners« erklärt.

Angèle und Roger Eskenazi, Renée und Mireille Mandelbaum, Salomé Selinger (links) wurden im Alter von 15, 13, 12, 11, 10 Jahren deportiert







Im Berliner »Theater des Volkes« verkündete Goebbels vor Tausenden von Eisenbahnern, dass »der Krieg in seinen kritischen Phasen in der Hauptsache ein Problem des Nachschubs beziehungsweise der Verbindungswege« sei und sich daraus der »ungeheure Anteil« ergebe, den die deutschen Eisenbahner einmal am Sieg haben würden. Zu dem Zeitpunkt der Goebbels-Rede rollten die Räder der Reichsbahn bereits in die sich abzeichnende Niederlage. Trotz des erhöhten Bedarfs militärischer Transportkapazitäten, organisierte das von Adolf Eichmann geleitete »Referat Auswanderung und Räumung« des Reichssicherheitshauptamtes in enger Zusammenarbeit mit der Reichsbahn unter dem Reichsverkehrsminister Julius Dorpmüller fahrplanmäßig die Transporte in die Vernichtungslager.

In der Anklageschrift gegen den Kriegsverbrecher Albert Ganzenmüller, der seit Mai 1942 als Staatssekretär für die Reichsbahn zuständig war, beschrieb der Oberstaatsanwalt Alfred Spieß 1973 Einzelheiten der Deportationen – einige Auszüge:

»Im Zuge der Vernichtungsmaßnahmen wurden etwa drei Millionen Juden, Männer, Frauen und Kinder, mit der Eisenbahn in Konzentrations- und Vernichtungslager gebracht und dort aus Rassenhass überwiegend durch Vergasung getötet. (...) Die Deportation in die Lager erfolgte überwiegend mit Güterzügen. In ihnen wurden die Juden derart zusammengedrängt, dass ihnen mit ihrer mitgeführten Habe jeweils nur wenige Quadratdezimeter zur Verfügung standen. Die Waggons, nicht selten mit mehr als 100 Menschen gefüllt, wurden regelmäßig verplombt. Ihre kleinen Fenster waren vergittert oder mit Stacheldraht versperrt. (...) Während der Fahrt erhielten sie durchweg weder Getränke noch Nahrungsmittel. Sie litten daher unter Hunger und Durst und waren im Sommer der Hitze und im Winter der Kälte ausgesetzt. Eine Toilette stand ihnen regelmäßig nicht zur Verfügung, so dass sie ihr Bedürfnis in den Wagen verrichten mussten. Diese Umstände bewirkten, dass eine unbestimmte Anzahl von Juden, vor allem Kranke, Gebrechliche und Kinder, schon auf dem Transport ums Leben kamen.«

Mit diesen Transporten machte die Reichsbahn gute Geschäfte. In der Regel mussten die Opfer ihren Transport in die Vernichtungslager selbst zahlen und wenn dies nicht möglich war, hatte das Reichssicherheitshauptamt die Kosten zu tragen. Veranschlagt wurden – entsprechend der dritten Wagenklasse – vier Pfennig pro Schienenkilometer. Kinder unter vier Jahren kosteten die Hälfte.

Über eine Bahnstrecke von über 1500 Kilometern wurden zwischen 1942 und 1944 11 000 Kinder in Viehwagons von Paris nach Auschwitz deportiert. Die rund 52-stündige Reise führte unter der Zugnummer »DA-901« unter anderem über Saarbrücken, Kaiserslautern, Frankfurt am Main, Erfurt und Dresden quer durch Deutschland in den Tod. »DA« stand abgekürzt für David und diente wie der Davidstern der Kennzeichnung von Judentransporten. An jedem dieser 11 000 Kinder verdiente die Deutsche Reichsbahn, deren Rechtsnachfolgerin die heutige Deutsche Bahn AG ist.

Die Namen dieser Kinder waren 60 Jahre lang vergessen und nur von wenigen sind Fotos übrig geblieben, von denen einige vor dem Bahnhof Zoo gezeigt wurden. Erinnert wurde an: François Caen, Monique Frankfurt, Félix Samuel Koen, Ruth Mentzel, Dénise Meyer, Joseph Schumann, Lina und Phillipe Taksen ... und all die anderen.

Verweigerung der Deutschen Bahn AG

Bis zum heutigen Tag verweigert die Deutsche Bahn AG trotz nationaler und internationaler Proteste das Gedenken an die 11 000 deportierten Kinder auf deutschen Bahnhöfen. Sie verweigert eine Ausstellung, die auf Bahnhöfen in ganz Frankreich Tausenden von Reisenden zugänglich gemacht wurde. Die französische Staatsbahn stellte für die von der französischen Organisation »Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs« konzipierte Ausstellung in sämtlichen Landesteilen Stelltafeln und Flächen in den Bahnhöfen bereit und im Pariser Nordbahnhof hielt der Vorstandschef der französischen Bahn die Eröffnungsrede.

Ganz anders die Deutsche Bahn AG, die von ihrer Vorgängerin, der »Deutschen Reichsbahn«, ein Milliardenvermögen übernommen hat. Das bis heute bestehende Schienennetz wurde über Jahre von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen unterhalten und die Deutsche Bahn AG ist die Erbin dieser unbezahlten Arbeit sowie der Pro-

Régine Hajman, David Nasselsky, Claude Grungrass, Benjamin und Joseph Silberberg wurden im Alter von 15, 14, 11, 17 und 15 Jahren deportiert











Die Berliner Polizei verhindert eine Kundgebung im Bahnhof

fite, die mit Transporten in die Vernichtungslager erzielt wurden.

Und vor diesem Hintergrund erklärt die Deutsche Bahn AG in einem Schreiben an Beate Klarsfeld, der Bahn würden »sowohl die personellen als auch die finanziellen Ressourcen« fehlen, »um eine Ausstellung wie in Frankreich in Bahnhöfen zu realisieren«. In einem Interview bezifferte Beate Klarsfeld, die Repräsentantin der französischen OrganisatorInnen, die anfallenden Kosten auf rund 40 000 Euro.

In einem Schreiben an die Unternehmensleitung der Deutschen Bahn AG vom 12. Februar 2005 kündigen verschiedene Initiativen aus der Bundesrepublik an, dass sie sich dem Erinnerungsverbot auf deutschen Publikumsbahnhöfen nicht fügen werden und setzten dem Konzern eine letzte Erklärungsfrist bis zum 8. Mai 2005:

»An die Deutsche Bahn AG, Konzernleitung, Potsdamer Platz 2, 10785 Berlin

Sehr geehrter Herr Mehdorn, sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie sicherlich erfahren haben werden, fanden am 27. Januar auf mehreren Bahnhöfen der DB Gedenkveranstaltungen statt, die den 11 000 deportierten Kindern und ihrem letzter Weg auf dem deutschen Schienennetz nach Auschwitz galten. Bedauerlicherweise musste die Mehrzahl dieser Gedenkveranstaltungen gegen den Willen Ihrer Konzernleitung durchgesetzt werden.

Ihre Weigerung, die Erinnerung an die 11 000 Kinder und an die Mordbeihilfe Ihres Vorgängerunternehmens auf den deutschen Personenbahnhöfen wachzuhalten, hat sowohl in der Bundesrepublik als auch im Ausland zu Protesten geführt. Dem Protest haben sich inzwischen über 250 Persönlichkeiten und Organisationen angeschlossen. Nach unseren mehrmaligen Appellen und Bitten möchten wir Sie erneut auffordern, dem öffentlichen Gedenken beizutreten und sich an unserer Initiative zu beteiligen. Der Wanderausstellung der französischen Organisation »Fils et Filles des Deportés Juifs de France« muss auf deutschen Publikumsbahnhöfen Platz eingeräumt werden. Um das öffentliche Gedenken mit Fotos und Dokumenten noch in diesem Jahr bundesweit beginnen zu können, werden wir unsere Ausstellungsvorbereitungen bis zum 8. Mai 2005 abschließen.

Bis zu diesem Zeitpunkt, dem 60. Jahrestag des Sieges der Anti-Hitler-Koalition, wird es Ihnen sicherlich möglich sein, Ihre Haltung zu überdenken. Zwischenzeitliche Gespräche über die Präsentation der Wanderausstellung auf den Durchgangsbahnhöfen der Todestransporte

Lina und Philippe Taksen, Marianne Lang, Ruth Mentzel und Beatrice Mazalto wurden im Alter von 11, 13, 13, 12 und 15 Jahren deportiert






Plakate mit einigen der 11 000 deportierten und ermordeten Kindern

(unter anderem Saarbrücken, Mannheim, Frankfurt am Main, Fulda, Apolda, Leipzig, Dresden, Görlitz) und über die Einbeziehung der lokalen Initiativen würden wir sehr begrüßen.

Wir möchten uns erlauben, Sie zugleich darauf aufmerksam zu machen, dass wir in Anbetracht der begangenen Verbrechen, an denen Ihr Vorgängerunternehmen beteiligt war, auf das öffentliche Gedenken an der Todesstrecke der 11 000 Kinder nicht verzichten werden. Sollten wir auf eine positive Antwort Ihres Unternehmens bis zum 8. Mai vergeblich warten, werden wir für die Durchsetzung des Gedenkens in dem uns möglichen Umfang bundesweit Sorge tragen und die uns angebotene Handlungshilfe aus dem In- und Ausland gerne annehmen. Mit freundlichen Grüßen ...«

Soweit der Brief der InitiatorInnen des Gedenkens an die 11 000 deportierten Kinder.

Mit ihrer Anwesenheit bekräftigten die TeilnehmerInnen des Konvois die Aufforderung an die Unternehmensleitung der Deutschen Bahn AG, die Gedenkausstellung endlich auch auf deutschen Bahnhöfen zuzulassen und damit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Im anderen Falle werden auch wir weiterhin für das Gedenken an die 11 000 Kinder Sorge tragen und wie in anderen Städten so auch in Berlin wiederkommen.

Weitere Informationen zu der Kampagne:
www.german-foreign-policy.com/elftausendkinder

Max und Henri Goldberg, Adolf Schonek, Paul Sternberg, Esther Landsberg wurden im Alter von 8, 11, 14, 7 und 9 Jahren deportiert









»Helfer in Krieg und Frieden«

Im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 8. Mai, dem Tag des Sieges über den Nazi-Faschismus, darf die Geschichte der Mercedes-Benz AG als ein Beispiel für die Verstrickung heutiger deutscher Unternehmen in Nationalsozialismus und Krieg keinesfalls fehlen.

Der Rüstungsbereich spielte bei Mercedes Benz und Daimler schon im ersten Weltkrieg eine außerordentliche Rolle. In der Zeit des Nazi-Faschismus, als sich die beiden Unternehmen zur Daimler-Benz AG zusammenschlossen, machte die Rüstung einen Anteil von bis zu 90 Prozent des Umsatzes aus. An der strategischen Ausrichtung war die Deutsche Bank als Großaktionär des Daimler-Benz-Konzerns maßgeblich beteiligt.

Die Deutsche Bank stellte mit Emil Georg Strauß den Daimler-Aufsichtsratsvorsitzenden, der das operative Geschäft der Rüstung lenkte. Er war NSDAP-Mitglied und ein persönlicher Freund Hermann Görings. Regelmäßige und umfangreiche staatliche Rüstungsaufträge und die Motorisierung der Gesellschaft ließen den Aktienkurs und die Dividenden steigen. Unternehmensleitung, Aktionäre und Belegschaft waren sich zum großen Teil einig in ihrer Dankbarkeit gegenüber »Führer und Reich«.

Das dunkelste Kapitel der Daimler-Benz Geschichte bleibt neben der Rüstungsproduktion die Ausbeutung, Auspressung und Ermordung durch Zwangsarbeit. Das war die geplante und kontrollierte Vernichtung durch Leistungserpressung von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und anderen ZwangsarbeiterInnen. Ende der Kriegsjahre stellten diese Gruppen in den zahlreichen Fabriken mehr als die Hälfte der Belegschaft. Etwa siebzigtausend Menschen wurden in den Rüstungsbetrieben bei Mercedes-Benz zu Tode verwertet.

Noch 1969 behauptete Mercedes, es habe gar keine KZ-Häftlinge bei Daimler-Benz gegeben. Erst als 1987 eine beachtliche Studie der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte, »Das Daimler-Benz Buch«, herauskam und weitere öffentliche Kritik nicht nachließ, musste sich der Konzern mit seiner eigenen Geschichte auseinandersetzen. Letztlich gab es für die überlebenden ZwangsarbeiterInnen nur einige Brosamen vom Herrentisch: Nach über 50 Jahren der Ignoranz und Leugnung trat Daimler der »Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft« bei und bequemte sich damit zur billigsten Lösung.

Das Stiftungsgesetz schließt Rechtsansprüche ausdrücklich aus und machte die Menschen mit Lohn- und Entschädigungsansprüchen zu AlmosenempfängerInnen. Dies ist eine weitere Beleidigung und Verhöhnung der Opfer durch die Daimler-Benz AG.





Kriegspropaganda von Mercedes-Benz während des zweiten Weltkriegs



Kundgebung am Potsdamer Platz

Kein Vergessen, kein Vergeben für die Profiteure der Zwangsarbeit!

Auch den Übergang zur Friedenszeit hat Daimler-Benz gut hinbekommen. In den letzten Kriegsmonaten bauten sie Produktionsanlagen in Ostdeutschland ab und brachten sie nach Süddeutschland. Schon im Herbst 1945 erhielten sie Aufträge von Alliierten zur Instandsetzung von Kraftfahrzeugen. Von der Währungsreform konnten die Aktionäre sogar profitieren, denn Aktien konnten eins zu eins in die neue Währung »Deutsche Mark« umgetauscht werden, während einfache Bankguthaben neun zu eins abgewertet wurden.

Anfang der siebziger Jahre hatte Daimler-Benz Großaktionär Friedrich Flick sein Aktienpaket an die Deutsche Bank verkauft. Diese war jetzt wie vor 1945 wichtigster Großaktionär. Erneut initiierte die Deutsche Bank den Wiedereinstieg von Daimler Benz in die Rüstungsindustrie durch Aufkauf einer Reihe namhafter Rüstungshersteller. Auf die Frage, welche Vision er für sein Unternehmen habe, antwortete der Daimler-Vorstandsvorsitzende Schrempp dem ›Spiegel‹ 1995 kurz und knapp: »Profit, Profit, Profit«.

1998 übernahm die Mercedes Benz AG den Konzern Chrysler, um als »global player« in der Automobilbranche weltweit agieren und ausbeuten zu können. Die Führung von Chrysler wurde sozusagen »germanisiert«. Konzernlenker Jürgen Schrempp übernahm die alleinige Führung.

Das zweite Standbein des Daimler-Konzerns ist die stabile Auftragslage, die auf dem Weg der EU zu einer Militärmacht herausspringt. Mit der European Aeronautic Defence and Space Company, kurz EADS, wurde ein entsprechender militärisch-industrieller Komplex geschaffen, zu dessen Spitze auf deutscher Seite der Daimler-Konzern zählt. Nach dem Motto: produziert wird, was maximale Gewinne bringt, produziert EADS beziehungsweise deren Beteiligungsgesellschaft RTG-Euromunition unter anderem die international geächteten Landminen und liefert diese wie auch anderes Kriegsgerät mit steigender Tendenz in alle Welt.

Der Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Henry Mathews, erinnerte kürzlich, dass in New York, San Francisco, Buenos Aires, La Plata und Nürnberg juristische Verfahren gegen DaimlerChrysler anhängig sind, die sämtlich im Zusammenhang mit schweren Menschenrechtsverletzungen während des Apartheidregimes in Südafrika beziehungsweise der Militärdiktatur in Argentinien stehen. Unabhängig von deren Ausgang steht der Konzern in der moralischen und historischen Schuld, seine Archive aus diesen Zeiten zu öffnen und Entschädigungen an die Opfer zu zahlen. Die Maxime der skrupellosen Profitmaximierung kostete damals wie heute Menschen das Leben.

Damals wie heute muss gelten: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! DaimlerChrysler zerschlagen! Und ALG II für die Manager!

»Спасибо! Dank euch Sowjetsoldaten«

Aus dem Marmor der gesprengten Reichskanzlei: das Sowjetische Ehrenmal im Tiergarten.



Wir gedenken der Millionen Toten, die von der faschistischen Diktatur unter Hitler ermordet wurden:

- über 20 Millionen BürgerInnen der Sowjetunion
- sechs Millionen Juden
- fünf Millionen Polen
- hunderttausende Partisanen und Widerstandskämpfer in Jugoslawien, Griechenland, Italien, Frankreich, Dänemark und Deutschland, die sich dem faschistischen Projekt: »Europa unterm Hakenkreuz« nicht unterwerfen wollten
- ungezählte Roma, Sinti, Homosexuelle, Religiöse, Euthanasierte und als »unwertes Leben« betrachtete Menschen.

Die Rote Armee der Sowjetvölker hat nach vier Jahren erbitterter Schlachten und unermesslicher Verwüstungen auf eigenem Territorium und zuletzt auf deutschem Boden das mörderische Regime nach der Eroberung Berlins zerschlagen und die unterworfenen Völker vom deutschen Faschismus befreit.

Todgeweihten in den Konzentrationslagern, den Zuchthäusern, Gefängnissen, in den Folterkammern Gequälten, Verfolgten in ihren Verstecken, Zwangsemigrierten und allen unter der Barbarei Leidenden hat diese Befreiung neue Lebensperspektiven gegeben und die besetzten Länder wurden befreit von einer Zukunft in Sklaverei für das »Deutsche Reich«.

Die Mehrheit der Deutschen ist ihrer verbrecherischen Führung mit Beifall bis an die Wolga und wieder zurück gefolgt, sie hat dem Morden und Rauben nirgendwo Einhalt geboten, denn die Profite des deutschen Kapitals, das die wirtschaftlichen Raubzüge in den besetzten Ländern organisierte, gestatteten der deutschen Bevölkerung – vor allem in den ersten Kriegsjahren – einen höheren Lebensstandard. Sie hatte Teil an den organisierten Plünderungen der Armeen in den Dörfern und Städten der überfallenen Länder. Die Beute wurde ins »Reich« transportiert und verteilt, nicht selten kam sie auch als Geschenkpaket mit der »Heimatpost« auf den Familientisch.

Der Roten Armee soll die Würde ihres Sieges genommen und ihre Rolle als entscheidender Faktor zur Zerschlagung der Nazidiktatur verschwiegen oder relativiert werden. Die Kämpfe der britischen und amerikanischen Truppen an der Westfront werden ins Licht gestellt und medial verherrlicht. Aber sie begannen erst im Juni 1944 den entschiedenen Kampf gegen die Nazis, nachdem die Sowjetunion nahezu ausgeblutet und zerstört war. Dennoch war die Rote Armee auf dem Vormarsch. Die »Westmächte« intervenierten erst als abzusehen war, dass die Rote Armee siegen würde. Das hat weiteren Millionen Menschen das Leben gekostet.

Die Mehrheit der Deutschen haben den Sieg der Roten Armee über die faschistische deutsche Armee nicht als Befreiung gesehen, sondern als Niederlage. Und so begann bald schon nach dem 8. Mai 1945 die Politik des Revanchismus mit dem Ergebnis, dass heute nach sechzig Jahren das deutsche Militär und das deutsche Kapital unter neuen Parolen und gleichen Zielsetzungen wie in der Nazi-Periode wieder weltweit interveniert.

Ein Teil der heutigen ökonomischen und politischen Elite möchte mit der »Schlussstrichdebatte« die verbrecherische Geschichte entsorgen und Analogien zu gegenwärtigen imperialistischen Strategien verwischen, ein anderer Teil möchte sie umschreiben, die Täter zu Opfern machen und die Opfer zu Tätern.



Sowjetische Soldaten dokumentieren ihren Sieg an den Wänden des Reichtagsgebäudes Anfang Mai 1945

Antifaschistische Politik wird diskreditiert und kriminalisiert, faschistische Parteien und Naziaufmärsche gehören zur bundesdeutschen Rechtsordnung.

Wir aber sagen den Nachkommen der damaligen Mehrheit: Kein Vergessen, kein Vergeben – solange ihr an den Wurzeln des Faschismus und des Rassismus – also an der kapitalistischen Ausbeutung festhaltet. Kein Vergessen und Vergeben, bis diese Wurzeln endgültig zerstört sind.

Das Ende der Nazis

Wir rufen heute noch einmal die letzten Monate bis zum Sieg der Roten Armee in Erinnerung:

Ende Januar/Anfang Februar 1945 stand die Rote Armee auf einer Breite von 500 Kilometern an der Oder. Am 30. Januar 1945 ruft Hitler in einer Rundfunkansprache noch zum »Endsieg« auf und verweist auf den Einsatz von »Wunderwaffen«. Doch bereits am 31. Januar überquer-

Transparent von solid 36 am sowjetischen Ehrenmal



Sowjetische Panzer auf dem Marsch vom Brandenburger Tor zum Potsdamer Platz, Berlin-Tiergarten, Anfang Mai 1945

»Letzte Etappe der Befreiung« Transparent vom Gegeninformationsbüro

ten erste sowjetische Einheiten die Oder und im Februar und März brachten die Sowjetischen Truppen rund 2,5 Millionen Soldaten mit über 6000 Panzern sowie 7500 Flugzeugen für den Angriff auf Berlin in Stellung. »Die endgültige Niederlage des faschistischen Imperialismus und damit der Frieden waren in greifbare Nähe gerückt«, so der Zeitzeuge Stefan Doernberg, der als Leutnant der Roten Armee an den Kämpfen beteiligt war.

Am 16. April begann mit der Erstürmung der Seelower Höhen die große Offensive. Sowjetische und polnische Truppen griffen die stark befestigten deutschen Verteidigungsstellungen an. Nach zwei Tagen brachen die sowjetischen Truppen durch und rollten auf Berlin zu. Allein bei dieser Schlacht starben etwa 33 000 sowjetische und polnische Soldaten. Massenweise warfen die sowjetischen Soldaten Flugblätter und gelbe Passierscheine ab, um den Wehrmachtssoldaten die Sinnlosigkeit weiterer Abwehrschlachten deutlich zu machen und sie zur Gefangennahme oder Desertion zu ermutigen, und um weitere sinnlose Tote zu verhindern.

Zitat aus dem Flugblatt vom 16. April 1945: »Deutsche Soldaten und Offiziere! Damit ihr dem sicheren Tod entgeht, fordert euch das Oberkommando der Front auf, sofort die Waffen wegzuwerfen und auf die Seite der Roten Armee überzugehen ...« (siehe Doernberg Befreiung 1945)

Wer allerdings von der deutschen Feldgendarmerie aufgegriffen wurde, wurde standrechtlich erschossen. Die drohende Niederlage vor Augen beruft die Wehrmacht noch im März 1945 alle Jungen des Jahrgangs 1929 zum Kriegsdienst ein. Sie werden nach kurzer Grundausbildung sinnlos an der Front verheizt.

In dieser Zeit wüten die Faschisten noch einmal mit aller Grausamkeit. Im KZ Sonnenburg werden in der Nacht vom 30. zum 31. Januar zirka 800 Häftlinge ermordet. Im April werden Tausende Häftlinge aus den KZ's Ravensbrück und Sachsenhausen auf einen Todesmarsch nach Westen getrieben. Noch Ende April ermordet die SS die meisten der im Reichssicherheitshauptamt in der Prinz-Albrecht-Straße einsitzenden Gefangenen. Selbst Teile der Bevölkerung Berlins werden in diesen letzten Tagen ermordet, um den unaufhaltsamen Vorstoß der Roten Armee zu stoppen. Der Zeitzeuge Stefan Doernberg berichtete: »So setzten sie den S-Bahnschacht zwischen Yorkstraße und Stettiner Bahnhof, in dem Tausende vor dem Artilleriebeschuss Zuflucht gesucht hatten,

unter Wasser, weil sie fürchteten, dass die Rote Armee auf diesem Weg schneller in den Stadtkern vorstoßen könnte. Es kümmerte sie nicht, dass dabei Frauen, Greise und Kinder in den hereinströmenden Wassermassen der Spree umkamen.«

Dennoch hissten am 30. April 1945 Rotarmisten auf der Spitze des Reichstags die Rote Fahne mit Hammer und Sichel. Hitler hatte sich bereits einige Stunden zuvor das Leben genommen.

Nachdem bereits im März Reichsaußenminister Ribbentrop versuchte, Verhandlungen mit den Westmächten über einen Separatfrieden zu führen, wandten sich am 30. April 1945 Reichskanzler Joseph Goebbels und Parteikanzleileiter Martin Bormann mit kaum zu überbietendem Zynismus an das sowjetische Oberkommando mit dem Vorschlag, »... die Kampfhandlungen in Berlin zeitweilig einzustellen um so entsprechende Möglichkeiten für den Beginn von Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Sowjetrussland zu schaffen, deren Völker die größten Opfer in diesem Krieg gebracht haben ...«.

Die faschistische Führung wollte noch Zeit herausschlagen für die Verhandlungen mit den Westmächten mit dem Ziel, die Alliierten gegeneinander auszuspielen um doch noch zu einem Separatfrieden mit den Westalliierten zu kommen. Die Sowjetregierung durchschaute das Spiel. Sie bestand auf der bedingungslosen Kapitulation wie es von den Alliierten in der Jalta-Konferenz festgelegt war.

Am 2. Mai 1945 kapituliert die deutsche Wehrmacht. Am 8. Mai 1945 unterzeichnet Generalfeldmarschall Keitel die Akte über die bedingungslose Kapitulation.

Das Ehrenmal hier im Zentrum der Stadt wurde unmittelbar nach der Befreiung auf Befehl der Roten Armee mit Absicht in der Nähe der zerschlagenen Machtstätten des Naziregimes errichtet: unweit des Brandenburger Tores, des Reichstagsgebäudes und Hitlers Reichskanzlei. Im hinteren Teil befinden sich die Gräber von 2500 Soldaten, die bei der Erstürmung dieser Machtstätten gefallen sind.

In Berlin wurden noch zwei weitere sowjetische Ehrenmale errichtet: Im Treptower Park und im Volkspark Schönholzer Heide. Sie sind auch zugleich große Soldatenfriedhöfe der etwa 21 000 im Kampf um Berlin gefallenen Soldaten.

Wir sagen der Roten Armee »Spasiba! Danke für Euren opferreichen Kampf für unsere Befreiung vom Naziregime vor sechzig Jahren«. Wir wissen, dass der Kampf gegen die Barbarei heute so nötig wie damals ist. Erst wenn wir uns vom Kapitalismus befreit haben, wird der Faschismus in all seinen Masken und Formen keine Chance mehr haben. Diesen Kampf um Befreiung müssen wir selber führen.



Berlin nach der Kapitulation im Mai 1945: Sowjetische Soldaten im Gebäude der Reichskanzlei

Die Widerstandsgruppe Baum

Ehrung am Gedenkstein im Berliner Lustgarten für Herbert Baum und GenossInnen. Es sprach die Zeitzeugin Vera Ansbach, Frau von Herbert Ansbach, dem 1936 verhafteten engen Mitstreiter der Herbert Baum Gruppe.



Vera Ansbach während ihrer Rede am Lustgarten

Schon seit Jahrhunderten heißt dieser Platz Lustgarten. Man sollte denken, dass es hier fröhlich zugeht. Aber das ist nicht so. 1942 wurde hier von dem Nazi-Regime eine Ausstellung gezeigt, genannt »Das Sowjetparadies«. Zu dieser Zeit war die deutsche Armee schon vor Moskau zum Stillstand gebracht, das Inferno von Stalingrad stand vor der Tür. Da war es nötig, die Bevölkerung im Hinterland aufzustacheln, sie zum verstärkten Einsatz gegen die Sowjetunion zu motivieren. Deshalb diese Lügen- und Hetzausstellung, die das Leben in der Sowjetunion in den schwärzesten Farben malte und Schrecken und Angst vor der herannahenden Sowjetarmee verbreiten sollte.

Doch nicht alle verfielen der Hetzpropaganda, auch nicht die Gruppe von etwa 30 bis 40 jungen Menschen, von denen keiner älter als 23 Jahre war. Auch ihr Leiter, der Kommunist Herbert Baum und seine Frau Marianne, waren kaum 30. Sie alle hassten Faschismus und Krieg; großes Vertrauen hatten sie zur Sowjetunion, und sie rechneten fest damit, dass die Sowjetarmee den Krieg siegreich beenden und das Volk vom Faschismus befreien würde. In den Kampf reihten sie sich ein, der Gefahren bewusst.

Herbert und Marianne Baum waren seit 1931 Mitglied im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands und bald darauf in der Kommunistischen Partei. Die Verbindung zu den heranwachsenden Freunden aus der jüdischen Kindergruppe, deren Leiter Herbert Baum seit einigen Jahren war, hat er nie verloren. Sie bildeten gemeinsame Zirkel, nun schon heimlich und illegal. Dort suchten sie, die Ursachen des Faschismus zu ergründen und sich mit ihrer Umwelt auseinander zu setzen.

** Die Fotos von Heinz Birnbaum, Felix Heymann, Hella Hirsch, Martin Kochmann, Heinz Rotholz und Lothar Salinger sind Gestopo-Aufnahmen die nach den Verhaftungen 1942 beziehungsweise 1943 gemacht wurden*

Die »Baum«-Widerstanskämpferlnnen Herbert Baum, Marianne Baum, Heinz Birnbaum, Edith Fraenkel und Felix Heymann wurden hingerichtet *











Denkmal am Lustgarten

Marxistisches Gedankengut fasste bei den Mitgliedern dieser Zirkel zunehmend Fuß und gab ihnen Zuversicht, dass der Faschismus schließlich überwunden würde.

Auch durch die äußeren Bedingungen wurden die jungen Antifaschisten zu der Gruppe um Herbert Baum zusammengeschweißt. Illegaler Widerstand gegen das Nazi-Regime war voller Gefahren: für die Bevölkerung war der Kontakt mit Juden lebensbedrohend; umso gefährlicher war es für die organisierten Widerstandskämpfer, in ihren Kampf jüdische Gleichgesinnte einzubeziehen. So entwickelte sich die Gruppe organisatorisch abgetrennt von KJVD und KPD, doch gab es immer konspirative Kontakte. Ein Verbindungsmann der KPD war z.B. der damals 25-jährige Chemotechniker Werner Steinbrink, der an der letzten, spektakulärsten Aktion, eben an dem Ort, wo wir jetzt stehen, entscheidend mitwirkte und dafür das Leben ließ. Am 18. August 1942 wurde er in Plötzensee zusammen mit sechs seiner Kameraden hingerichtet.

Heute wird die Gruppe um Herbert Baum oft als jüdische Widerstandsgruppe bezeichnet. Nur wenige ihrer Mitglieder lebten in jüdischen Traditionen und mit jüdischer Konfession. Andere kannten keinen Unterschied zu Menschen ihrer Umgebung, nie gab es für sie eine

Die »Baum«-WiderstanskämpferInnen Alice Hirsch, Hella Hirsch, Hildegard Jadamowitz, Heinz Joachim und Martin Kochmann wurden hingerichtet









unter schwierigsten Bedingungen jüdische Menschen gab, die sich wehrten und sich ihre Würde nicht nehmen ließen. Die von ihnen gebildeten Zirkel waren keine reinen Studiergruppen, sondern ihre Mitglieder leisteten von Anbeginn aktiven Widerstand. Sie schrieben und verteilten Flugblätter, so zum Beispiel klebten sie, als angesichts des nahenden Krieges eine Probe-Verdunke-

Mitglieder der Gruppe Baum bei einem Ausflug 1937/1938



Nazi-Ausstellung »Das Sowjetparadies« im Lustgarten

Unterscheidung zwischen »Deutschen« und »Juden«, wie es die Nazis mit ihrer faschistischen Rassentheorie erklärten – und wie es leider noch heute in manchen Köpfen geschieht. Es gab viele Menschen, die erst durch die Forderung von »Arier-Nachweisen« und durch die Rassengesetze der Nazis erfuhren, dass sie nicht »Deutsche«, sondern »Juden« waren. Nicht nur das »Jüdisch-Sein« vereinte die Freunde der Gruppe, es war vor allem der Wille, etwas zu tun gegen Faschismus und Krieg. Sie waren Antifaschisten, die meisten sahen sich als Kommunisten

Wie schwer sie es auch hatten, die jungen Leute in der Gruppe um Herbert Baum ließen sich nicht entmutigen. Sie sind ein Beweis dafür, dass sich nicht alle Juden wie Lämmer zur Schlachtbank führen ließen, dass es selbst

Vera Ansbach

Vera Ansbach wurde 1920 in Darmstadt geboren. Ihre Eltern sind jüdischer Herkunft. Sie bekommt durch ihre Mutter aber vor allem eine antifaschistische Erziehung. Nachdem sie als jüdische Frau die Schule nicht zu Ende bringen konnte, emigriert sie 1939 nach England. Beim deutschen Kulturbund lernt sie deutsche Kommunisten und Widerstandskämpfer kennen. Sie tritt in die KPD ein. Sie lernt ihren Mann kennen, der Angehöriger der Gruppe um Herbert Baum ist. Sie gehen 1946 nach Berlin. Dort arbeitet sie zunächst im Westsektor als Lehrerin. Sie muss den Schuldienst aber 1949 verlassen, weil sie ihre Lebensmittel von den Sowjets beziehen und Angehörige der KPD ist. 1949 gehen sie und ihr Mann dann in den Ostteil der Stadt. Seitdem lebt sie dort.

Die »Baum«-WiderstanskämpferInnen Sala Kochmann, Hildegard Loewy, Hans Mannaberg, Gerhard Meyer und Hanni Meyer wurden hingerichtet











lung angeordnet war, Zettel mit der Aufschrift »Heute noch bloße Übung – Morgen schon bitterer Ernst« und schauten am nächsten Morgen genüsslich zu, mit wie viel Mühe die Polizei sie abkratzte.

Am 8. Mai 1942 eröffneten die Faschisten hier ihre Hetzausstellung. Die jungen Leute um Herbert Baum beschlossen, sie in Brand zu stecken. Am 18. Mai legten sie Feuer an einen Pavillon, doch der Anschlag verursachte nur geringen Schaden.

Dennoch war er ein Fanal, sogar eine Züricher Zeitung berichtete darüber. Wie ein Blick in die Archive zeigt, war die Gestapo in der Folgezeit voll damit beschäftigt, die Brandleger zu suchen und leider auch zu finden. Viele Mitglieder der Gruppe wurden umgebracht – ich nenne hier nur einige: Herbert und Marianne Baum, Sala und Martin Kochmann, Irene Walther, Gerhard Meyer, Werner Steinbrink, Hilde Jadamowitz und Suzanne Wesse.

Und als eine für die Juden ausgeheckte Kollektivstrafe wurden 500 Juden an ihrem Zwangsarbeitsplatz in Lichterfelde sofort umgebracht oder nach Sachsenhausen gebracht und dort erschossen. Wir stellen uns vor, wie schwierig es für die als Juden diskriminierten und isolierten jungen Menschen war, ihren Beitrag zum Sturz des Faschismus zu leisten. Sie liebten das Leben, sie lasen, sie sangen ihre Lieder, trotz allem ihnen aufgezwungenen Leids hörten sie nie auf zu kämpfen.

Wie gern hätten sie die Befreiung vom Faschismus erlebt! Sie gaben ihr Leben – Wir wollen sie nicht vergessen.

Der 1951 errichtete Gedenkstein für die »Gruppe Baum« auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee

Die »Baum«-WiderstanskämpferInnen Heinz Rotholz, Lotte Rotholz, Lothar Salinger, Werner Steinbrinck und Suzanne Wesse wurden hingerichtet







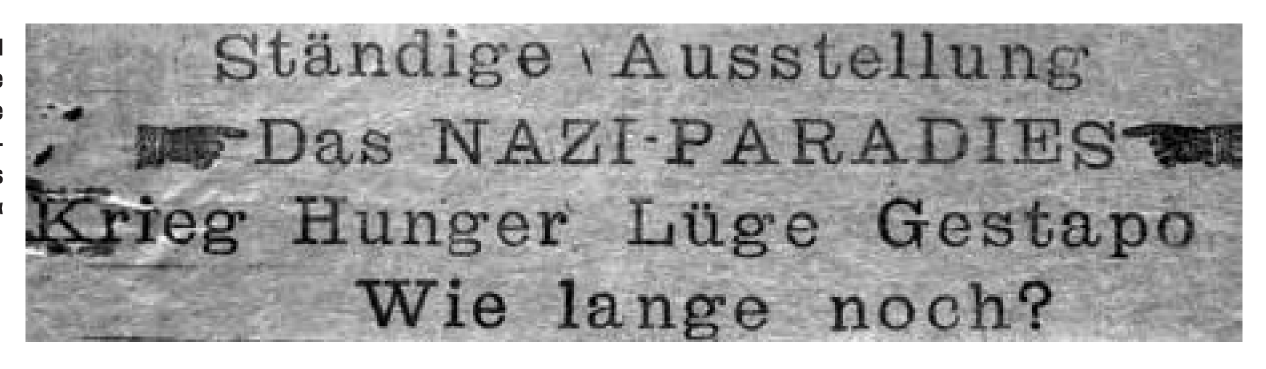
Rote Kapelle gegen »Sowjetparadies«

Rede von Hans Coppi, Vorsitzender der Landesvereinigung Berlin der VVN-BdA.

Hans Coppi während seiner Rede am Lustgarten

Am 9. April 1942 kündigte der »Völkische Beobachter« die Vorbereitung einer großen antisowjetischen Propagandaausstellung in Berlin an. Auf 9000 Quadratmetern wurde im Lustgarten eine »Lügenstadt« Minsk aufgebaut und Bauernhütten aus Erde und Stroh errichtet. Riesenfotos, auf denen finster dreinblickende und offenbar zu allem bereite Menschen mit Beilen, Messern, Äxten und Sicheln als Sowjetsoldaten ausgegeben wurden, sollten Angst und Schrecken, Hass verbreiten. Einige Aufnahmen stammten von ausgemergelten sowjetischen Kriegsgefangenen, die im Herbst 1941 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und dort wenig später ermordet worden waren. Mit dieser antisowjetischen Propagandaschau wollte die Nazi-Führung die vermeintliche Überlegenheit der deutschen Rasse demonstrieren und den Überfall auf die Sowjetunion in eine Befreiungstat verkehren. Propagandistische Aufrüstung tat Not. Der Blitzkrieg im Osten war ins Stocken geraten. Hunderttausende Besucher drängten sich durch die Ausstellung »Das Sowjetparadies« und fühlten sich in ihrer antisowjetischen Haltung durch die Präsentation der Exponate bestätigt.

In Berliner Widerstandskreisen um Harro Schulze-Boysen wurde über die widerwärtige Reaktion der meisten Besucher diskutiert und überlegt, was gegen dieses üble Machwerk unternommen werden könnte. Kontrovers verlief der Meinungsstreit über mögliche Aktionsformen. Schulze-Boysen schlug eine Zettelklebeaktion vor, um in der Öffentlichkeit ein Zeichen zu setzen, dass die Gegner im Inneren noch aktiv waren. Die Schriftsteller Adam Kuckhoff, Günther Weisenborn, der Romanist Wernern Krauss, aber auch Kommunisten aus Neukölln und andere waren gegen diese Aktion, weil sie eine Aufdeckung befürchteten. Junge Arbeiter und Angestellte, Schüler des Heilschen Abendgymnasiums traten vehement dafür ein. Sie wollten nicht nur reden, sondern auch handeln. Das Kleben der Zettel begann am Sonn-



Klebezettel gegen die antisowjetische Propagandaausstellung »Das Sowjetparadies«

tag, dem 17. Mai 1942, gegen 23 Uhr. Pärchenweise wurde vorgegangen, so dass beim Kleben einer den anderen decken konnte. Die Frauen standen mit dem Rücken an der Wand, während der männliche Begleiter davor stehend jeweils die Zettel hinter dem Rücken der Frauen an Wände, Bäume oder Litfasssäulen klebten. Harro Schulze-Boysen sicherte in Uniform und mit gezogener Pistole die Klebeaktion am Sachsendamm. Meine Eltern waren im Wedding und in Moabit unterwegs. Hunderte Klebezettel wurden in verschiedenen Stadtteilen angebracht, woran sich zirca zwanzig Antifaschistinnen und Antifaschisten beteiligten. Am Montag früh entdeckten viele Berlinerinnen und Berliner, die zur Arbeit eilten, an Hauswänden und Bäumen: »Ständige Ausstellung – Das Nazi-Paradies – Krieg Hunger Lüge Gestapo – Wie lange noch?«

Die Aktion erregte in Berlin Aufsehen. Alle Versuche der Gestapo, die Akteure zu finden, blieben zunächst erfolglos. Im Herbst 1942 wurden aber alle Beteiligten im Zusammenhang mit den Verhaftungen der »Roten Kapelle« inhaftiert, und die meisten von ihnen wegen der Teilnahme an dieser Aktion zum Tode verurteilt.

Vor 1933 und nach 1945 war der Lustgarten ein Ort, auf dem sich Antifaschistinnen und Antifaschisten zu großen Kundgebungen trafen.

Parteien, Jugendausschüsse, Gewerkschaften und Kirchen hatten aufgerufen, an der vom »Hauptausschuss Opfer des Faschismus« initiierten Gedenkkundgebung für die Opfer des Faschismus am 14. September 1946 im Berliner Lustgarten teilzunehmen. Über Hunderttausend Berlinerinnen und Berliner kamen. Mit Blumen, Reden, Musik und Rezitationen gedachten sie der Millionen Opfer der Nazi-Diktatur.

»Nie wieder Faschismus und Krieg« war die Botschaft dieser Manifestation. Den Auftakt bildeten einen Tag zuvor Gedenkstunden in allen Berliner Schulen und Stadtbezirken. 1946 und 1947 ist der »OdF-Tag« Ausdruck eines Gestaltungswillens Überlebender und ehemaliger Widerstandskämpfer/innen, die an diesem Tag ihre Vorstellungen für eine gerechte Gesellschaft selbstbewusst formulieren und einfordern. Der zweite Sonntag im September ist der erste deutschlandweit begangene Tag für die Opfer des Faschismus, an dem sich die Widerstandsgemeinschaft von Christen, Konservativen, Sozialdemokraten und Kommunisten manifestierte. Die seit 1947 von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in ganz Deutschland initiierten Gedenkveranstaltungen förderten eine beginnende Auseinandersetzung mit der nazistischen Vergangenheit, forderten zu Fragen nach den Verantwortlichen der Verbrechen und dem eigenen Verstricktsein heraus. Aufklärung, Erinnerung und Mahnung taten Not. Denn die Mehrheit der Deutschen sah sich als Opfer des Krieges und der Besatzung und verdrängte die Verbrechen, denen sie zugesehen, die sie ermöglicht und geduldet hatten.

Der Ende der vierziger Jahre einsetzende Kalte Krieg führte zu einer Teilung der Erinnerung. Mit der Gründung der Bundesrepublik und der DDR bildeten sich verschiedene Gedenkkulturen heraus.





Die Widerstandkämpfer Hilde und Hans Coppi werden wie mehr als 120 Angehörige der Roten Kapelle im Herbst 1942 verhaftet. Über 50 von ihnen werden zum Tode verurteilt und ermordet. Wenige Tage vor der Hinrichtung von Hans Coppi kommt ihr Sohn Hans im Gefängnis auf die Welt. Hilde Coppi wird acht Monate später am 5. August 1943 in Plötzensee hingerichtet.



Weiterführende Infos zur Roten Kapelle

»Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus«, Herausgegeben von Hans Coppi, Jürgen Danyel, Johannes Tuchel, Berlin 1994

»Hans Coppi: Rote Kapelle«, in: »Lexikon des deutschen Widerstands«, Herausgegeben von Wolfgang Benz, Walter H. Pehle, Frankfurt am Main 2001

Weitere Informationen zum Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung auch auf der Website: www.tag-der-mahnung.de. Eine Ausstellung über die Geschichte des Tages der Opfer des Faschismus wird am 11. September 2005 auf der Freifläche des Marx-Engels-Forums und bis Ende Oktober in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Friedrichshain, Franz-Mehring-Platz 1, gezeigt.

Bis Mitte der fünfziger Jahre war auch in West-Berlin und in westdeutschen Städten der zweite Sonntag im September ein Tag, an dem der Opfer des Nazismus gedacht wurde. In der Bundesrepublik war der von der VVN organisierte »OdF-Tag« bis in die sechziger Jahre Verboten und polizeilicher und juristischer Repression ausgesetzt. Das offizielle Gedenken fokussierte sich mehr und mehr auf den Widerstand um den 20. Juli 1944 und grenzte insbesondere den kommunistischen Widerstand aus der Erinnerung aus. Die VVN und linke Organisationen setzten in den siebziger Jahren die Tradition des »OdF-Tages« in Westberlin und in wenigen Städten Westdeutschlands fort.

Die DDR beging jedes Jahr den zweiten Sonntag im September als »Gedenk- und Kampftag«. An diesem Tag wurde in vielen Orten der Opfer des Faschismus gedacht, Gedenkstätten eingeweiht – so 1958 die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald und 1959 die Gedenkstätte Ravensbrück. Zehntausende Menschen versammelten sich alljährlich nunmehr auf dem Berliner Bebelplatz gegenüber dem Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Militarismus. Führende Funktionäre der SED, oft selbst Verfolgte des Naziregimes, erklärten das Vermächtnis der Toten in der DDR allzu schnell für erfüllt. Ausländische Vertreter von Widerstands- und Verfolgtenverbänden sprachen von ihrem Kampf, über ihre Trauer, erzählten von ihren Hoffnungen und ihrer nie versiegenden Zuversicht auf eine Welt ohne Krieg und Faschismus. Der zweite Sonntag im September hatte mit seinen bewegenden Ehrungen und Kundgebungen, aber auch mit seinen Ritualen, Überhöhungen und Einseitigkeiten einen festen Platz in der antifaschistischen Erinnerungskultur der DDR.

Im Sommer 1990 riefen angesichts zunehmender antisemitischer und rassistischer Übergriffe antifaschistische Organisationen und Initiativen aus Ost- und Westberlin dazu auf, den zweiten Sonntag im September als »Tag der

RadlerInnen beim antifaschistischen und antikapitalistischen Auto- und Fahrradkonvoi am 6. Mai 2005

Erinnerung, Mahnung und Begegnung« weiterzuführen. Bis Mitte der neunziger Jahre fand er jedes Jahr im Lustgarten, später vor dem Roten Rathaus und in den letzten Jahren auf der Freifläche des Marx-Engels-Forums statt. Weit über 500 Organisationen, Initiativen und Parteien haben sich seit 1990 an dem Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg beteiligt. Er gehört zu den größten regelmäßigen antifaschistischen Veranstaltungen in Berlin. In einer Zeit, in der rechtsextreme Aktivitäten zunehmen und neofaschistische Gedanken eine wachsende Zustimmung im Alltag erfahren, wollen wir viele Menschen ermutigen, sich aktiv gegen nazistische und fremdenfeindliche Einstellungen und Gewalt zu wenden.

Eröffnung der Propaganda-ausstelung »Das Sowjetparadies« im Berliner Lustgarten am 8. Mai 1942





Die Widerstand-kämpfer der Rote Kapelle Harro und Libertas Schulze-Boysen und Arvid und Mildred Harnack werden Ende August und Anfang September verhaftet. Am 22. Dezember 1942 werden Harro und Libertas Schulze-Boysen und Arvid Harnack hingerichtet. Mildred Harnack wird am 16. Februar 1943 ermordet.

Fichtesportler im Widerstand

Als Zeitzeuge des Nazi-Faschismus berichtet Erwin Schulz aus seiner Zeit im Widerstand.

1933 wurde auch der Arbeitersportverein Fichte von den Nazis verboten. Schon 1932 wurden viele aus unserer Gruppe Mitglieder des bürgerlichen Turnvereins MTT (Männerturnverein Tempelhof). Wir rechneten damit, dass wir unsere Legalität bei der zugespitzten politischen Situation verlieren würden. So hätten wir die Möglichkeit uns ganz legal zu treffen und unsere illegale Arbeit besser durchführen zu können. Im Februar fand in Mariendorf eine illegale Demonstration statt, an der wir uns beteiligten. Zu einer bestimmten Zeit sammelten sich die Teilnehmer – einige hielten sich in den Hauseingängen auf.

Nach einem Pfiff sammelten wir uns auf der Straße. Es wurden einige Losungen gegen die Hitler-Regierung gesprochen. Einer hielt eine kurze Ansprache. Dann gingen wir alle auseinander. Als später die Polizei kam waren wir alle schon verschwunden. Fotos von Sportveranstaltungen, Demonstrationen vernichtete ich, um bei eventuellen Verhaftungen nichts über die Personen aussagen zu müssen.

Zum 1. Mai 1933 forderte die Gewerkschaftsführung (AdGB) die Arbeiter auf, an der Kundgebung auf dem Tempelhofer Feld teilzunehmen. Wir waren über den Verrat der Gewerkschaftsleitung empört. Wir als Arbeitersportler fuhren zum 1. Mai mit unseren Rädern zum Schwarzen Fließ und feierten dort den Arbeiterkampftag. Ein Sportgenosse sprach über die Geschichte des 1. Mai.

Bei der Rückfahrt nach Berlin kehrten wir ein und sangen im Lokal unsere Wanderlieder. Das gefiel den Gästen.

Erwin Schulz

Erwin Schulz ist über 90 Jahre alt. Der Gewerkschafter und Arbeitersportler war im Widerstand, wurde politisch verfolgt und musste fünf Jahre in nationalsozialistischen Zuchthäusern zubringen.
Als 999er geriet auch er in Nordamerika in US-Gefangenschaft, von wo er über das Lager Mc Cain nach Fort Devens gelangte. Als engagierter Gewerkschafter erregte er Missfallen bei den US-Behörden und wurde in das Holzfällerlager Camp Stark (New Hampshire) abgeschoben.
Seine Repatriierung wurde offenbar bewusst hintertrieben. 1946 nach England überführt, musste er dort zunächst wieder monatelang ausharren, so dass sein Fall und die Situation einiger anderer Antifaschisten sogar das britische Unterhaus beschäftigte. Schulz lebte nach seiner Rückkehr in der DDR.

Einer von uns sammelte für die Sänger. Das Geld spendeten wir für inhaftierte, politische Gefangene – wenn das die SA-Leute gewusst hätten. So konnte man auch die Rote Hilfe unterstützen.

Wir hatten früher auch eine Esperanto Gruppe in Tempelhof. Unsere umfangreiche Korrespondenz in viele Länder vermittelte uns Kenntnisse über den Kampf der Arbeiter für ihre Interessen. Im Sommer 1933 fuhren wir zur Ostsee und setzten über zur dänischen Insel Moen. Unseren ausländischen Freunden schilderten wir die Situation im faschistischen Deutschland. Wir baten sie, schickt uns keine Informationen und kein Material. Das gefährdet uns. Wir bekamen keine Post mehr. Oder die Gestapo beschlagnahmte sie.



Schwimmwettbewerb bei Fichte um 1931



Fichte-SportlerInnen protestieren gegen den Ausschluss vom Arbeiter- Turn- und Sportbund (ATSB) am 29. Juni 1929 im Poststadion. Fichte wird zu einem Zentrum der revolutionären Opposition im deutschen Arbeitersport und der sozialdemokratischen ATSB-Führung zu einem Dorn im Auge

In der Kaiser-Wilhelm-Straße 73 wohnte ich bei meinen Eltern und meiner Schwester. Einmal in der Woche trafen wir uns um zu musizieren. Wir benutzten die Musikabende um Informationen, die wir von der Landesleitung der Roten Sportler erhielten, auszutauschen. Auch entwarfen wir Flugblätter, die auf die Rüstungsproduktion aufmerksam machten. Im Bezirk Tempelhof bereiteten die Metallbetriebe die Kriegsproduktion vor. Meine Schwester schrieb die Matrize. Niemand wusste, wer die Flugblätter vervielfältigte. Zu viel Wissen konnte Gefahr für jeden von uns bedeuten. Selbst meine Eltern ahnten nichts von unseren Vorhaben.

Als Leiter einer Fünfergruppe sorgte ich dafür, dass die Flugblätter weiter verteilt wurden. Die Flugblätter wurden von allen Beteiligten an einem Tag zu einer bestimmten Zeit verteilt. Bei diesen Aktionen wurde niemand verhaftet. In der Wohnung hatte ich nie illegales Material. Das hatte ich bis zur Verteilung in meinem Betrieb. Ich war zu der Zeit in einem Restaurant als Hausdiener tätig. Die Arbeit übernahm ich, um nicht zum Arbeitsdienst eingezogen zu werden.

Nachdem die Verbindung zur Landesleitung abgebrochen war, wurde diese wieder neu aufgenommen. Dem Instrukteur erzählte ich nichts von unserer früheren illegalen Arbeit.

Nach einigen Treffs wurde ich von ihm der Gestapo verraten. Ort und Zeit kannten nur er und ich. Er wusste nicht wie ich heiße und auch nicht wo ich wohnte. Belastungen erfolgten durch den Verräter. Ich verriet niemand. Fünf Jahre Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat.



»Kampfgenoss«: Monatsschrift des Arbeitersportvereins Fichte



Titelbild für die Broschüre »Turner auf zum Streite« von Alfed Beier



Ausschnitt eines Flyers zum 40. Jahrestag des Arbeitersportes, Februar 1933

Das Haus steht, die Idee auch

Beitrag zum Konvoi des Zeitzeugen Erich Selbmann am Karl-Liebknecht-Haus.

Liebe Freunde, liebe Gäste, liebe Genossen, ich bin sehr zufrieden, dass Sie auch hierher zu diesem Haus, auf diesen Platz, in dieses geschichtsträchtige Zentrum der Hauptstadt gekommen sind. Der Grund meiner Zufriedenheit über Ihr Kommen ist auch nicht der mögliche Gedanke daran, dass hier, in dieser kleinen Weydinger Straße, direkt neben dem Rosa Luxemburg Platz, lange politische Entscheidungen getroffen wurden – so lange war diese Zeit übrigens gar nicht! Dieses Haus war ursprünglich ein einfaches Bürohaus. Erst im November 1926 wurde es zum Sitz des Zentralkomitees der KPD und der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg/Lausitz-Grenzmark (1928 kam dann noch eine Druckerei hinzu). Doch schon im Februar 1933 war dieses Haus beschlagnahmt, alle Einrichtungen verdrängt. Im Zweiten Weltkrieg wurde auch dieses Haus, wie so viele im Umkreis, durch Bombenangriffe zerstört, erst 1949 wurde das Haus – anders als es vorher war – wieder aufgebaut.

Wenn ich dennoch das Wort »zufrieden« mit Ihrem Interesse verbinde, so hat das einen ganz besonderen Grund: ich sehe darin Ihr Interesse an einigen Ereignissen, über die heutzutage keine Zeitung schreibt, kein Fernsehprogramm Dokumentationen zeigt, Ereignisse, die die heutigen Machthaber einfach verdrängen wollen – wie man denken soll – mit dem »Tag der Befreiung«, mit dem 8. Mai nichts zu tun habe: Totschweigen als Mittel der politischen Propaganda – Schlimmeres kann es gar nicht geben. Die Wahrheit ist, dass die Partei – die damals hier ihre Zentrale hatte – die erste war, die den entschlossenen Widerstand gegen die Nazi-Diktatur organisierte, und zugleich die erste, die von der Nazi-Diktatur brutal angegriffen wurde – besonders deutlich gerade für alle Welt an diesem Platz. Ich will dies nur an vier Ereignissen kurz zeigen, über die man eigentlich sehr lang diskutieren könnte:

Am 22. Januar 1933 – also acht Tage vor der Machtübergabe an Hitler – über die noch niemand sprach, befahl Hitler eine Einschüchterungsaktion, die auf das ganze Volk wirken sollte: um auf dem Friedhof hier in der Nähe einen Gedenkstein auf das Grab Horst Wessels zu setzen, sollten 10 000 SA-Männer vom Bülow-Bogen hier am Karl-Liebknecht-Haus vorbei marschieren. Alle Gegendemonstrationen waren verboten.

Am 25. Januar fand dann, als eine Antwort darauf, die letzte Massendemonstration des Roten Berlins hier statt. Etwa 130 000 Kommunisten und Parteilose marschierten am Karl-Liebknecht-Haus vorbei. Ein Signal, das den Widerstand gegen die drohende Diktatur der Rechtsradikalen ins Zentrum rückte. Als wenig später – Hitler war schon an der Macht und die erste Reichstagswahl sollte ihn bestätigen – der Reichstag in Brand gesetzt wurde, taten die SA- und SS-Organe alles, um die so genannten Schuldigen anzuklagen. Drei Polizeieinheiten drangen in dieses Haus ein, die Beschlagnahme von Tonnen von Akten sollte die Brandstiftung den Kommunisten unterstellen, sie verbieten, ihre Aktivisten in Zuchthäuser und Konzentrationslager bringen. Und noch eine vierte Episode will ich nennen, die mich immer zum Nachdenken zwang. Am Abend des 30. Januar, dem Tag der Machtübergabe an Hitler, ging Maria Reese, eine kommunistische Abgeordnete, die sehr kritisch war, ins Karl-Liebknecht-Haus und wollte fragen, wie es weiter gehen soll. Sie traf Wilhelm Florin und fragte ihn, was man nun machen wolle. Florin hob die Schultern und ließ sie wieder fallen: was soll man machen, wenn man keine kommunistischen Arbeiter in den Betrieben hat? Die Tatsache, dass man eine eigene Gewerkschaft, die RGO, gegründet hat erwies sich als ein folgenreicher Fehler. Maria Reese schrieb in ihr Tagebuch: »Da sitzen nun die Generale und warten auf die Befehle der Soldaten!«

Von da an richtete man das Bemühen darauf, möglichst breite Bündnisse mit allen Gewerkschaften, allen fortschrittlichen Parteien, alle zum Widerstand bereiten Männer und Frauen zu schaffen- bis hin zum 8. Mai.

Erich Selbmann
Erich Selbmann ist ehemaliger DDR-Industrieminister, Journalist und Schriftsteller. Er ist VVN-BDA- und DKP-Mitglied. Er gehörte einer von den Nazis verfolgten Familie an. Sein Vater, Mitglied der KPD, war im Konzentrationslager.

Die Aktualität Rosa Luxemburgs

Rede beim Konvoi der Zeitzeugin Erika Baum auf dem Rosa-Luxemburg-Platz.



Erika Baum während ihrer Rede auf dem Rosa-Luxemburg-Platz

Erika Baum

Erika Baum ist 1924 in Wien geboren. Leben gelernt in einer kommunistischen Arbeiterfamilie. Die Eltern sind 1935 gleichzeitig in Österreich in Haft. Nach dem Anschluss Österreichs zu Großdeutschland ist sie in die illegale Arbeit in Österreich miteinbezogen. 1945 geht sie mit Bruno Baum, der in Brandenburg, Auschwitz und Mauthausen am organisierten Kampf beteiligt ist, nach Berlin.
Seit 1945 ist sie aktiv am Kampf gegen Faschismus und der Ausrottung seiner Wurzeln beteiligt.
Heute, 80-jährig, sagt sie selber, dass alles nur einen Sinn ergibt, wenn man Teil des Kampfes gegen die Barbarei und Unmenschlichkeit ist.

Wir leben in einer Welt, in der es darauf ankommt, die Erinnerung an Rosa Luxemburg aufrecht zu erhalten. In diesem Gedenkjahr zum 60. Jahrestag der Befreiung könnte man fragen, warum ehren wir Rosa Luxemburg? Wir ehren sie zu Recht. Sie ist eine Vorkämpferin gegen den Faschismus. Sie gehört zu unserer großen Traditionslinie und wir ebenfalls.

Warum ist sie uns so nah? Warum fühlen wir uns mit ihr so verbunden? Sie ist eine Genossin, die wir bewundern, mit der wir uns beraten können. Dazu muss man sie aber lesen – unbedingt lesen! Sie ist lebendiger als mancher, der uns begegnet. Was kann man von Rosa Luxemburg lernen? Es ist unvorstellbar, wie diese Frau ein volles, ein viel gestaltiges Leben gelebt hat, wo alles zusammen passte, alles zusammen gehörte. Ihr wisst, dass sie naturbegeistert war. Ihr wisst, dass sie kulturinteressiert und Kennerin war. Und ihr wisst, wie sehr sie Menschen liebte, Freunde hatte. Und sie hatte außerordentlich schöne Liebesbeziehungen. Das alles ist wunderbar, aber das alles ist verbunden, durchdrungen. Darin steckt ihre

Spartakusaufstand: Arbeiter und Soldaten hinter Barrikaden aus Zeitungspapierrollen vor dem Mossehaus in der Schützenstraße in Berlin am 11. Januar 1919 gegen die SPD-Regierungstruppen



die gesellschaftlich und politisch die beste Stütze ihrer Klassenherrschaft ist«. Das zum Militarismus.

Wenn ihr euch das überlegt, dann ist das doch eine gute Analyse der Kriegspolitik des USA-Imperialismus gegen den Irak. Ist das nicht ein unschlagbares Argument, warum man die EU-Verfassung ablehnen muss? Ist das nicht eine klare Orientierung für das notwendige Zusammengehen von Friedensbewegung und sozialen Bewegungen? Also, etwas was wir versuchen durchzusetzen.



Die Mitbegründerin des Spartakusbundes und der KPD Rosa Luxemburg wurde am 15. Januar 1919 zusammen mit Karl Liebknecht mit Zustimmung der SPD-Führung ermordet.

Beginn des Spartakusaufstandes: Bewaffnete Arbeiter besetzten das Zeitungsviertel am 5. Januar 1919.

Grundposition, die sie zu den Klassen hat, ihre Grundposition zum politischen Kampf und das ist bei ihr eine Einheit. Das sind nicht zwei Leben, das ist ein Leben, das sie führte.

Das ist kein sowohl als auch – hier ein bisschen so und da ein bisschen so. Sondern das gehört zusammen und das kann man aus ihren Büchern lesen. Deshalb kann sie so scharf, so lebendig über die Feinde reden und so freundlich und so liebevoll über die Genossen. Und jetzt kommt ein Gedanke, der mir besonders wichtig ist: es gibt so eine Dialektik, die heißt sowohl – als auch. Das gibt es bei Rosa Luxemburg nicht – sowohl – als auch. Das wird an einer Reihe von Problemen sehr deutlich. Ihr kennt alle ihren Kampf gegen den Militarismus. Ihr wisst, dass sie dafür verhaftet wurde, dass sie dafür längere Zeit im Gefängnis war. Und sie hat einen Gedanken zum Militarismus – den lese ich euch jetzt vor, weil er so aktuell und so wichtig ist für unseren gegenwärtigen Kampf. Sie sagt folgendes: »Der Militarismus, der für die Gesellschaft im Ganzen eine ökonomisch völlig absurde Vergeudung ungeheurer Produktivkräfte darstellt, der für die Arbeiterklasse eine Herabsetzung ihres wirtschaftlichen Lebensmaßstabes ist zum Zweck ihrer sozialen Versklavung, bildet für die Kapitalistenklasse ökonomisch die glänzendste unersetzliche Anlageart,

Eine weitere Frage, die auch heute ungeheuer interessant ist, ist der Zusammenhang von Imperialismus, Militarismus und dem Demokratieabbau. Rosa Luxemburg weist darauf hin, dass mit dem Zunehmen des Militarismus demokratische Rechte abgebaut werden müssen. Diesen Angriff auf die demokratischen Rechte verurteilt sie. Sie kämpft gegen jeden Abbau von demokratischen Rechten, aber verherrlicht nicht den bürgerlichen Parlamentarismus. Und sie wird dann ganz scharf – so scharf sind wir nicht. Das will ich schon sagen – gerade hier auf dem Rosa-Luxemburg-Platz.

Sie ist dafür, dass wir das Parlament ausnutzen, um den Werktätigen die Möglichkeit zu bieten, sozialistisches Bewusstsein zu verbreitern, sich zu organisieren und die Massen zu mobilisieren. Dafür brauchen wir die Parlamente, die Abgeordnetenhäuser und so weiter. Aber sie geißelt mit aller Schärfe und wortgewaltig den Opportunisten Bernstein und sagt: »Und es blieb Bernstein vorbehalten, den Hühnerstall des bürgerlichen Parlamentarismus für den berufenen Weg zu halten, wodurch die gewaltigsten weltgeschichtlichen Umwälzungen, die Überführung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische möglich sein soll.« Schön – Bernstein beschimpft sie, weil er das bürgerliche Parlament als den Weg, als die Möglichkeit ansieht, vom Kapitalismus in

den Sozialismus zu kommen. Ist doch höchst aktuell, oder? Es gibt doch eine ganze Menge anderer Leute, die das auch so denken. Viktor Adler – auch so ein Opportunist – hat völlig zu Recht bereits 1910 den Kautsky gewarnt, er hat ihm nämlich geschrieben: »Stell dir vor, Clara« – also die Clara Zetkin – »hätte ihr Mandat und säße mit Rosa im Reichstag. Da würdet ihr etwas erleben.« Solche brauchen wir, wenn wir sie wählen.

Noch ein Gedanke, der nicht gern gehört wird, den ich aber schon sehr eindeutig sagen möchte: In ihrer Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD hat sie gesagt: »Wenn man uns verleumdet, dass wir die russischen Bolschewisten unterstützen, dann sagen wir: Ja, das ABC unserer heutigen Revolution haben wir von den Russen gelernt: die Arbeiter- und Soldatenräte. Gerade darin haben wir das einigende, internationale Band für die Revolution gefunden«. In ihrer letzten großen Rede das eindeutige Bekennen zu den Arbeiter- und Soldatenräten, zur Sowjetmacht.

Ich sag das, weil wir das alles heute schon auf unserem Konvoi eigentlich abgearbeitet haben, aber die Rosa Luxemburg gehört eben dazu. Und jetzt kommt, meine ich, dass wir aufpassen müssen, dass wir das richtig lernen. Wir müssen also in der gegenwärtigen Auseinandersetzung genau aufpassen, dass wir nicht Rosa Luxemburg auf Schlagworte reduzieren, sondern dass wir ihre Gedanken nicht in Vergessenheit geraten lassen. Wir dürfen also – wenn wir gegenwärtig die Auseinandersetzung führen, rund um den Tag der Befreiung, rund um den Tag des Kampfes der Niederschlagung des Hitler-Faschismus – bei der Darstellung aller Einzelheiten niemals den Klasseninhalt des Faschismus vergessen. Wir müssen deutlich machen, welchen Klasseninhalt der Faschismus hat. Das ist dieses Einigende bei der Rosa Luxemburg.

Wenn man von Auschwitz spricht, wenn man die Barbarei von Auschwitz zeigt und darstellt, dann darf IG Farben nicht vergessen werden. Guckt euch alle Berichte an über Auschwitz. Da wird alles Mögliche dargestellt, aber IG Farben wird nicht benannt. Die Konzerne werden nicht benannt, die es heute noch gibt und die an diesen barbarischen Methoden interessiert waren, die die Hitler-Faschisten angewandt haben. Wenn die Gemordeten gezeigt werden, wenn die Leiden in den Gefängnissen und Lagern beschrieben werden, was notwendig ist, damit man sieht, wozu der Gegner fähig ist, dann darf aber nicht vergessen werden, dass dort auch gekämpft wurde, dass dort organisierter Kampf existierte. Dies wurde sehr deutlich beim Beitrag zur Herbert Baum Gruppe gezeigt.

Aber die Darstellung ist so, als ob wir nur Leidende wären, als ob wir uns wehrlos treiben ließen. Das ist nicht wahr. Zum Beispiel Buchenwald: was führen sie alles auf bei der so genannten Rederei über den roten Karpus, um den organisierten Kampf zu diskriminieren. Also, man muss diesen Kampf eindeutig zeigen.

Und jetzt bin ich am Schluss. Ich möchte noch auf etwas hinweisen am Tag der Befreiung. Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde von den Hitler-Faschisten auf solche Weise geführt, dass man daraus ablesen konnte, dass sie nicht nur gegen ein Land kämpften, sie haben gegen die Revolution gekämpft. Sie haben das Land treffen wollen, in dem die Revolution stattgefunden hat. Deshalb diese Art der Kriegsführung in der Sowjetunion. Und deshalb sagen wir am Schluss – jetzt werde ich gleich gerührt sein –

Dank euch, ihr Sowjetsoldaten! Und im Lied hieß es weiter – ihr Helden der Revolution und deshalb: 8. Mai!

»Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten«; Berlin 16. Dezember 1918




Bendlerblock
»Verteidigungsministerium«
Gehlen und der BND
Volksgerichtshof
Bertelsmann
Kirche
Deutsche Bank
Deutsche Reichsbahn
Mercedes Benz
Daimler/Chrysler
Sowjetisches
Ehrenmal
Widerstandsgruppe Baum
Zentrale der KPD